

Bezugspreis:

Wochenschrift 9.- Mtl. monatl. 2.- Mtl. ...

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 19. Juni 1919.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Meinungsverschiedenheiten in Weimar.

Weimar, 18. Juni. (Eig. Drahtber. des „Vorwärts“.) Das Kabinett hat um 4 Uhr nachmittags seine Beratungen wieder aufgenommen...

Wie sich die Nationalversammlung stellen wird, ist noch nicht ersichtlich. Anhänger wie Gegner der Unterzeichnung behaupten...

Die sozialdemokratische Fraktion tagte von 4 bis 7 Uhr abends. Die der Regierung angehörenden Parteigenossen waren in der Kabinettsitzung...

Am gestrigen Morgenblatt des „Vorwärts“ ist infolge eines Druckfehlers zu lesen, daß die Nationalversammlung am 17. nachmittags zu einer kurzen Sitzung zusammengetreten sei...

Weimar, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Parteivorstand hat an den Genossen Eduard Bernstein telegraphisch das dringende Ersuchen gerichtet...

Französische Beurteilung der Antwort.

Wird das französische Parlament annehmen?

Amsterdam, den 18. Juni. (Telun.) Die meisten nicht sozialistischen Blätter zeichnen sich wie dem „Handelsblad“ aus Paris gemeldet wird...

Die Säuerung in der französischen Marine.

Paris, 18. Juni. „Matin“ meldet aus Cherbourg, daß der Marineminister von Cherbourg in einem Tagesbefehl die Ratten der Hochflotte in Cherbourg aufforderte...

Der Streik in Frankreich.

Achtstundentag für Bergleute.

Paris, 18. Juni. Der Senat nahm gestern die Vorlage über die Einführung des Achtstundentages in den Bergwerken mit einer Abänderung an...

Die englischen Arbeiter nehmen an der interalliierten Sozialistenkonferenz nicht teil.

Amsterdam, 18. Juni. „Daily Herald“ meldet aus Paris, daß die Nichtteilnahme englischer Delegierter an der in Paris stattfindenden Sozialistenkonferenz...

Die russische Politik Frankreichs.

Geistige Auseinandersetzungen.

Paris, 18. Juni. Die Kammer hat gestern die Erörterungen über die Politik der französischen Regierung in Rußland und über die Zwischenfälle in Odessa zu Ende geführt...

Die Slowakei Räterepublik.

Budapest, 18. Juni. (DR) Aus Budapest wird vom 18. gemeldet: In einer Proklamation der slowakischen Regierung wird erklärt, daß die Slowakei mit dem heutigen Tage als selbständige Räterepublik geschaffen sei...

Der Verkehr über den Rhein gestört.

Köln, 18. Juni. Seit heute früh ist der Verkehr von dem rechten nach dem linken Rheinufer vollständig gestört.

Anzeigenpreis:

Die achtzehnte Komparativliste kostet 1,20 M. „Kleine Anzeigen“, das ist die kleinste Größe...

Gründe und Gefahren eines Wortbruchs.

Von Viktor Schiff.

Paris, 17. Juni 1919.

Bekanntlich hatten die Regierungen der Entente die 14 Millionen Punkte angenommen, jedoch mit einem doppelten Vorbehalt...

Diese Erläuterung bezog sich ausdrücklich auf die Punkte 7 und 8 des Wilsonprogramms (Wiederherstellung Belgiens...

Und als nun der Krieg beendet war, warnte das Land gegen die Verwirklichung der magischen Formel. Da stellte sich aber heraus, daß die „Voches“ natürlich ebenso ruiniert waren...

Über diesen Grundsatz in die Praxis umzusetzen, erwies sich natürlich ebenfalls als ein Ding der Unmöglichkeit. Daher folgte nun Artikel 232, der folgendermaßen beginnt:

Die alliierten und assoziierten Regierungen erkennen an, daß die Hilfsmittel Deutschlands unter Berücksichtigung ihrer dauernden, sich aus den übrigen Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages ergebenden Verminderung...

Trotzdem verlangen die alliierten und assoziierten Regierungen und Deutschland verpfändet sich dazu, daß alle Schäden wieder gutgemacht werden...

Hier ist also der Boden des Wilsonprogramms und der Lansing-Notiz schon gänzlich verlassen, denn es ist da nicht mehr allein von den besetzten Gebieten die Rede...

Aber der Pöbel ist ein ganz anderer. Dann was sagt die betreffende Anleihe?

Als Schaden, der den Völkern der alliierten und assoziierten Mächte zugefügt ist, gelten alle Funktionen und gleichwertigen Vergütungen an die militärischen Opfer des Krieges (Heer, Marine und Luftstreitkräfte)...

und Vergütungen auf Grund der in Frankreich am jenem Datum geltenden Tarife berechnet.

6. Die Kosten der Unterstufungen, die von den Regierungen der alliierten und assoziierten Mächte den Kriegsgefangenen ihren Familien und den von ihnen abhängigen Personen gemahet wurden.

7. Die von den Regierungen der alliierten und assoziierten Mächte an die Familien und andere abhängige Personen der Mobilisiereten und in der Armee Bedienten gewährten Zuwendungen...

Da weiß man nicht, worüber man mehr staunen soll: über den Jesuitismus, mit dem der Wortbruch verschleiert wird, über den Wahnsinn, der diese Bestimmungen diktiert hat, oder über deren Dummheit und Kurzsichtigkeit.

Jesuitismus ist es, wenn man mit diesen wenigen Worten: „Als Schaden, der den Völkern zugefügt ist, gelten“... Deutschland eine Verpflichtung auferlegt, deren Widerspruch zum Wilson-Programm und zur Lansing-Note zum Himmel schreit.

Wahnsinn ist es, von Deutschland eine Summe zu verlangen, die sein Volksvermögen um ein Vielfaches übersteigt. Denn alle Pensionen an Kriegswitwen und Waisen und Invaliden, außerdem noch die Zurückhaltung der Familienunterstützungen (und zwar gilt das nicht etwa nur für Frankreich und Belgien, sondern für alle Staaten der Welt, die mit uns im Kriege standen!), machen eine Gesamtsumme aus, die die Alliierten selbst nicht im Stande wären, sogar annähernd zu bezahlen.

Dummheit und Kurzsichtigkeit war es von Seiten der Franzosen, diese Klauseln durchsetzen zu wollen; denn dadurch haben sie sich selbst ins eigene Fleisch geschnitten. Denn für jeden zünftigen Wirtschaftspolitiker hätte es doch klar sein müssen, daß die Summe, die Deutschland bezahlen kann, jedenfalls die gleiche Maximalsumme bleibt, ganz gleichgültig, ob sie von den Alliierten zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete oder zu einem anderen Zwecke verwendet wird. Die versprochene Wiedergutmachung hätte Deutschland sowieso nur unter Anspannung aller produktiven Kräfte und unter schier unerträglichen Opfern leisten können. Aber es hätte sie schließlich doch geleistet, und sei es nur deshalb, weil es sich dazu verpflichtet hatte. Aber vom Augenblick an, wo Frankreich auch seine Pensionen und Unterstützungen in das Kapitel der Wiedergutmachungen hat durchschmuggeln wollen, haben seine sämtlichen Bundesgenossen aus allen fünf Erdteilen gesagt: „Schön! Aber dann — auch ich!“ Und da begann das wahrhaftige Abdienen und Vernunft, ohne die Summen auch nur annähernd anzugeben. Hätte sich Frankreich an sein gegebenes Wort gehalten, dann würde es von Deutschland eine anständige Wiedergutmachungssumme erhalten haben, so aber muß es mit England, Rumänien, Neuseeland, Siam und anderthalb Duzend anderer Staaten teilen. Käme also der Vertrag, der uns am 7. Mai überreicht wurde, zur Durchführung (d. h. so weit es überhaupt geht), dann versähen auf jeden einzelnen Staat nur ein paar Broden. Und dies wäre die gerechte Strafe für den begangenen Wortbruch; denn das Wilson-Programm hatte in Fragen der Wiedergutmachungen Frankreich und Belgien eine Art Vorzugsstellung, die nicht ganz unbedeutend war, eingeräumt, während sich jetzt jeder für gleichberechtigt erachtet wird, das tatsächlich überfallene Belgien ebenso wie unabweisliche Angreifer, wie Italien und Rumänien.

Das sind also die Gefahren dieses Wortbruchs für Frankreich selbst. Und wenn man nun die Beweggründe dieser bodenlosen Dummheit untersucht, so stößt man bald auf den wunden Punkt der Clemenceauschen Politik. Man hatte dem Volke vorgeschwindelt, daß der Boche bezahlen würde, und um nun den Schein zu wahren, hat man die Durchführung der früheren Formel wenigstens auf dem Papier durchsetzen wollen. Der französische Steuerzahler soll vorläufig in dem Wahn leben, daß Deutschland die Pensionen und ähnliche drückende Lasten wird tragen müssen.

Man will, solange es überhaupt geht, den französischen Kapitalisten schonen. Eine offene, mutige Politik verlangte, daß man auch in Frankreich zu weitgehenden Vermögensbeschlagnahmen, Sozialisierungen und sonstigen radikalen Maßnahmen griffe. Aber Frankreich ist heute, namentlich auf finanziellem Gebiet, der reaktionärste, kapita-

listischste Staat Europas. Die französische Bourgeoisie wehrt sich mit allen Kräften gegen Maßnahmen, die ihren Geldbeutel gefährden. Deshalb schreit sie auch unermüdet, daß Deutschland allein schuldig und haftbar ist, und daß es nicht angehe, das französische Kapital, das unschuldige, anzulasten, solange es noch einen Fennig vom verbrecherischen deutschen Kapital und Volksvermögen gibt. Vor etwa zwei Wochen entwarf der französische Finanzminister Aloy im Senat ein sehr düsteres Bild der finanziellen Lage Frankreichs, sowie seiner budgettechnischen Klänge. 5 Milliarden Steuern sollen jährlich aufgebracht werden. Wodurch aber? In vier Fünfteln durch indirekte Steuern, namentlich auf allerhand Genussmittel (Tabak, Wein usw.) und nur zu einem Fünftel durch Besteuerung der im Kriege entstandenen Vermögen. Frankreich, das gelobte Land der Kriegsgewinnler! Aber wie lange noch? Zusehends spitzt sich hier die Kone nach innen und nach außen zu. Im Innern sind es die Preise der Lebensmittel, die unaufhaltsam steigen und die infolge der neuen Steuern erst recht steigen werden. Eine ungeheure Lohnbewegung hat in den letzten Wochen eingesetzt, die überall um greift.

Diese Streiks werden wahrscheinlich über kurz oder lang beizulegen werden. Aber sie sind nur ein Anfang. Die Zeit der allgemeinen Abrechnung naht, auch in Frankreich. Bis vor kurzem hatten wir nicht daran geglaubt, weil das Land siegreich war und genug zu essen hatte. Aber wenn die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

Der erste Auszug aus der gegnerischen Antwort.

Weimar, 18. Jni. Die von der Entente übergebenen Dokumente befehlen, wie bereits gemeldet, aus der Mantelnote, einem Memorandum, in dem die Veränderungen des früheren Vertragsentwurfs angeführt werden, dem Statut für die besetzten Gebiete und einem Exemplar des ursprünglichen Vertragsentwurfs, in welchem die Veränderungen mit roter Tinte eingezeichnet sind. Ueber die Grundzüge der gegnerischen Antwort ist folgendes zu bemerken:

In dem Völkerbundstatut wird nichts geändert. Deutschland soll vor seiner Aufnahme in den Völkerbund erst eine Art Probezeit durchmachen, und wenn es seine Vertragstreue beweisen und Gewähr für sein Wohlverhalten gebe, soll nichts mehr im Wege stehen, daß es in nicht allzu ferner Zeit in den Völkerbund aufgenommen wird.

In Bezug auf die territorialen Fragen wird nichts geändert an den Bestimmungen für Belgien, Luxemburg, das Saargebiet, Elsaß-Lothringen und Deutschösterreich. Für das Saargebiet war schon vorher in dem Rotenbuch die finanzielle Bestimmung über den Rücklauf der Mienen geändert worden. Bezüglich Westpreußens, Danzigs und Ostpreußens, und zwar sowohl bezüglich der südlichen Kreise bei Allenstein sowie auch Memels wird nichts geändert. Nur die Garantien für den Eisenbahndurchgangsverkehr durch Westpreußen nach Ostpreußen sind verstärkt und präzisiert gefaßt worden. Eine Grenzkorrektur zugunsten Deutschlands ist insofern vorgesehen, daß nicht mehr gewisse Teile Pommerns in das polnische Gebiet fallen sollen. Für Oberschlesien soll eine Volksabstimmung in einer später festzusetzenden Zeit erfolgen. Wo das Land von alliierten Truppen besetzt werden. Falls die Abtinnung zugunsten Deutschlands ausfällt, sollen Garantien für den Bezug der oberschlesischen Kohle dahin geschaffen werden, daß Deutschland ebenso wie Polen in Oberschlesien Kohle erwerben kann. In Schleswig ist auf Antrag von Dänemark die dritte, die südliche Abstimmungszone sollen gelassen werden.

In der Kolonialfrage wird jedes Entgegenkommen kategorisch abgelehnt, wiederum unter Hinweis auf die Sünden unserer kolonialen Verwaltung, wobei auf frühere Reden von Erzberger und Kossel im Reichstag Bezug genommen wird.

Auch die Bestimmungen über unser Verhältnis zu Rußland werden nicht geändert.

In Bezug auf die deutschen Rechte und Interessen außerhalb Deutschlands, also Außenhandel und Schifffahrt, sind keinerlei Konzessionen gemacht worden. Es bleibt bei dem Vertragsentwurf hinsichtlich der deutschen Handelsflotte. Das gleiche gilt für die Grundlagen unserer Schadensersatzpflicht. Unser finanzieller

Gegenvorschlag ist nicht akzeptiert worden, die früheren Bedingungen haben in ihrem Wortlaut selbst keine Änderung erfahren. Nur wird in dem Memorandum zugesagt, daß Deutschland innerhalb vier Monaten nach Friedensschluß das Recht haben soll, seine Vorschläge zu machen. Aber die alliierten Mächte können diese annehmen, ablehnen oder ändern. Eine neutrale Instanz über Streitpunkte wird dabei abgelehnt. Eine ebensolche deutsche Kommission neben der Kommission des Reparations wird zugelassen behufs Verhandlungen mit der gegnerischen Kommission. Aber bindende Entschlüsse hat allein die letztere zu fassen. Dagegen wird festgesetzt, daß die Friedensbedingungen nicht eine unmittelbare Ingerenz der Kommission des Reparations in die deutsche Verwaltung bedeuten, jedoch kann die gegnerische Kommission unser Budget prüfen und Reichsausgaben streichen. Ausdrücklich wird erklärt, daß eine unmittelbare Einmischung in die Verhältnisse einzelner Fabriken nicht stattfinden soll.

Unsere Gegenrechnungen werden nicht erweitert, unser ganzes Heeresgerät und Flottenmaterial und unsere ganze Handelsflotte werden nicht angerechnet.

In den allgemeinen handelspolitischen Bestimmungen wird gleichfalls nichts geändert. Deutschland wird auch für den Fall seiner Aufnahme in den Völkerbund die allgemeine Gleichberechtigung nicht zugesprochen. Das Memorandum enthält lediglich programmatische Erklärungen, daß die alliierten Mächte zu gegebener Zeit diese Fragen präzisieren werden.

Neu ist ein besonderer Vertragsentwurf über die Besetzung der rheinischen Gebiete. Die Fristen der Besetzung werden nicht geändert, sondern nur im einzelnen bestimmt, wie das Gebiet während der Besetzung verwaltet werden soll. Eine Viermännerkommission, bestehend aus je einem Vertreter von Frankreich, Belgien, Großbritannien und den Vereinigten Staaten stellt als Vertreter der gegnerischen Mächte gegenüber Deutschland an der Spitze der Zivilverwaltung, sie hat gesetzgebende Gewalt nur für die Fragen der Unterhaltung, Sicherheit und Bedürfnisse der Besatzungstruppen. Im übrigen liegt die ganze Zivilverwaltung bei den deutschen Behörden, es bleiben auch die deutschen Gerichte. Die deutschen Behörden unterstehen auch der deutschen Zentralregierung. Die gegnerischen Besatzungstruppen behalten das Recht der mittelbaren Requisition, und zwar nach den Grundsätzen der Haager Landkriegsordnung.

Das Personal von Verkehrsstellen, Post, Telegraph und Eisenbahnen, muß den Befehlen der Besatzungsarmee folgen, soweit diese zu militärischen Zwecken erteilt werden.

In den Rechtsfragen sind Zugeständnisse gemacht, die zum Teil der Bedeutung nicht entbehren. Die Liquidierung des deutschen Privateigentums im feindlichen Ausland soll nur so weit Platz greifen, als sich dieses Eigentum bei Friedensschluß bereits im feindlichen Ausland befindet. Auch ist das Liquidationsverfahren in den an Polen und Dänemark abzutretenden Gebieten zugunsten der deutschen Berechtigten geändert, ferner die Ueberlegungsfrist, die sich die Alliierten für die Einführung des Clearingverfahrens vorbehalten haben, von 6 auf 1 Monat herabgesetzt. Auch in der Behandlung des gewerblichen Schutzrechtes sind Zugeständnisse ähnlicher Art gemacht.

In den Verkehrsfragen beschränken sich die Zugeständnisse darauf, daß Deutschland in der Oberkommission fünf eines Vertreters deren drei erhalten soll, daß es sich an den Beratungen der Kommission für die Ausarbeitung einer neuen Donauschiffahrtsakte beteiligen darf, jedoch ohne Stimmrecht. Bei dem Bau des Rhein-Donau-Schiffahrts-Weges soll ein ferner nicht mehr einseitig vorgeschrieben werden, was wir bauen sollen. Auch ist die früher vorgesehene Möglichkeit, den Kieler Kanal einer internationalen Kommission zu unterstellen, fallen gelassen worden. Endlich ist die Verpflichtung Deutschlands zum Bau neuer Eisenbahnen erheblich eingeschränkt worden.

Die sofortige Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen war schon zugestanden, aber unser Verlangen, auch die wegen gewisser Straftaten in Haft befindlichen Gefangenen freizulassen, wird abgelehnt.

In den Militärfragen wird das Zugeständnis gemacht, daß wir zunächst drei Monate lang 200 000 Mann behalten dürfen, dann soll eine internationalisierte Kommission zusammentreten und prüfen, was wir für die nächsten drei Monate halten und das soll bis zu dem Endpunkt vom 31. März 1920 so fortgesetzt werden. An diesem Termin muß die Rindeigenganz von 100 000 Mann spätestens er-

Das Jahr eins! nach...

Von Hugo Dillig

Es war mitten im Blutcauch des Weltkrieges. Da stang aus dem tiefen Orient heraus eine veronnene Rohnung, ein laises Knochen an das Gewissen der Menschen, wenn erst der Wirtausch ausgetobt habe, auch äußerlich einen Strich unter diese Bergangenheit zu ziehen, deren letzte Frucht eben der Fortschrittswahn war. Und eben auch bleiben sollte, wenn man mit diesem Feuerfled im Zeitensilde die Bergangenheit abschleife und mit dem Tage des Friedens neu zu zählen anfübe: Jy Jahre eins nach... Es war ein Priester in Persien, der diese Mahnung als einen Verschlag heraufsting lieh. Aber wie hatten in unserem Europa verflucht wenig Zeit und Sinn für solche Veronnenseiten eines Mannes weit hinten, nein, noch weit hinter der Türkei, der von sich aus behaglich gesehen konnte, wie im Proszenium des weltgeschichtlichen Theaters die Völker aufeinanderstießen.

Und doch dünkt mir, hätte dieser Seid Gibbetidin Schatzkasson den Weltkrieg besser verstanden, als mancher unserer Kriegsabgeleiteten. Als ein Diener der Menschheit fühlte er, als er den Vordrag aussprach, den Tag des Friedensschlusses als den Beginn einer neuen Zeitrechnung zu feiern und damit die christliche und mohammedanische Zeitrechnung und Jahreszählung zu beenden. Das Jahr des Friedensschlusses, da man zählt „nach Christi Geburt“... sollte eine reiche und bewegte, aber auch eine durchschlossene Geschichtsspanne abschließen, in der nicht das wenigste Blut eben um den Namen Christi willen geflossen war. Und das Jahr des Friedensschlusses... sollte auch die mohammedanische Zählung der Jahre beenden, die nicht weniger mit blutigen Zeitem geschrieben worden sind, denn Blut und Eisen waren gerade auch die Apostelgezeiten des Islams genugsam gewesen. Und dann sollte, so sagte der persische Priester, mit dem Tage des Friedensschlusses ein neues Zeitalter anbrechen. Für alle Völker werde eine Zeit gemeinsamer Lebensbedürfnisse, gemeinsamer Lebensanschauungen und Lebensanteile beginnen, und es bedürfe darum eines gemeinsamen Anfanges für die Geschichte der Menschheit.

Es war kein Beschlagen in seinen Worten über eine Wendung des Fatums, das unentrinnbar sich über den ganzen Erdball zur Geltung brachte. Es lieh diese Mahnung die tiefe Einsicht in die Bedingtheit aller Geschicknisse erkennen, die dem Orient intuitiv näher liegt, als aller Klugelei und Spekulation unserer westlichen Philosophen in Europa. Und darum sprach auch kein Wort des Hoffens in dieser Mahnung mit; die Menschheit und ihr

Kriegstreiben war wie von einem hohen Turm gesehen, wie ein Bild aus großer Entfernung, bei dem alle Einzelheiten sich einordnen in die einfachen großen Eindeute. Aus diesem Anlebens-Schauen heraus mußte der Gedanke stammen: Völker, schließt die dunklen Pforten der alten Zeit, seht neu an, als Menschheit zu leben. Vielleicht würde ein anderer Lyneus der Menschheit, Goethe, sein Gefühl, daß mit dem Tag von Volmy ein neuer Abschnitt der Weltgeschichte beginne, auch nicht anders — hätte er diese unsere Zeit erlebt — aussprechen können.

Wann aber wird dieser Tag des Friedens sein? Nicht des Friedens, wie ihn die Verfasser des biden Wägers, genannt Friedeverttag, auffassen, eines Friedens, der auf der einen Seite der Unterlegenen Tod und Mähfal, auf der anderen Wahnsinn des Siegers bedeutet. Daß dieser Friede keinen Abschluß der alten Zeit und ihres Blut- und Eisengeschies bedeuten kann, ist klar. Die alte Zeit wird kraft eines solchen Friedens nur mit gesteigerten Mitteln fortgesetzt: Vergewaltigung, Wladung, Koh, hohe Wladung bis ins dritte und vierte Glied, Verdrückungsjuch, Ausbeutung des Schwachen. — Die alte vertraute Weise, die noch kein Christentum, kein Islam hat mildern können. Alles das steht an der Pforte der Zeit, die nach dem Frieden anbrechen soll. Es ist, als wenn sich die Sonne verhängte mit trübem erkältemdem und allen Herdenlang erlöndem Gwölz, als wenn ein ewig grauschwarzer Himmel uns und unserer Kinder Zukunft überschatten werde.

Denn dieser Friede ist kein Frieden. Er ist der Nebelpunkt, von dem aus das Schicksal der Menschheit noch weiter erschüttert werden kann. An ihn werden Millionen und aber Millionen immer noch nur mit einem Fluch auf den Lippen denken können, und es mühten nicht Menschen der alten Zeit sein, geboren in den Jahren, die man zählte nach Christi Geburt, wenn sich nicht zugleich auch die Faust ballte und das menschliche Gefühl der Wiedervergeltung sich aufreichte und anreichte, bis es eines Tages wieder sich Luft verschafft, so oder so.

Das wird kein Unterlegenen sein. Und auch den Sieger wird ein solcher Frieden nicht froh machen, das heißt wirklich froh im innersten Herzen. Siegesbeute kann nur trunken machen. Und nach der Trunkenheit kommt die Sorge, das Erbautete zu behalten. Die geringste Nachlässigkeit hat zur Folge, daß das Erbaute den gierigen Händen entgleitet, und alle Sieger zeigen in ihrem weltgeschichtlichen Wille schließlich doch nichts weiter als die mißleiderrigende Gestalt, die nach und nach wieder verliert, was sie an sich gefassen hatte. Der einzelne kann von seinem Reichum nichts mit in das Grab nehmen, und da auch Völker sterben können und gerade am häufigsten sterben an den Ueberlebungen bei Sieges-

mählern, so gilt für sie mehr als in besonderem Sinne die alte Weisheit, daß alles eitel ist.

Diese Friedensforderungen für Sieger und Besiegte stehen durchaus nicht in weiter Ferne. Es will scheinen, als wenn die Friedensverhandlungen nur ein Zwischenakt seien, nach dem sich der Vorhang aufs neue öffnen werde — der nächste Akt oder vielleicht auch ein neues Schauspiel mit anderen Personen und anderen Prospekten. Wir glauben schon zu hören, was sich hinter dem Vorhang gestaltet, „nichts Gewisses weiß man nicht“, aber an das Beste glaubt man nicht.

Aber nur der Glaube an das Beste kann uns erhalten. Und zu diesem Glauben gehört auch der an das Jahr eins nach... Der fatalistische Gedanke ist unerträglich, daß die alte Jahreszählung und die alte Zeit weitergehen würde, und daß die steigenden Zahlen auch zugleich, wie es bisher doch eigentlich war, trotz allen Fortschritten und Entwicklungen, eine Steigerung der Kulturhemmungen bezeichnen. Kultur verstanden als den Willen zum befreienden Aufbau alles rein Menschlichen im Gegensatz zum Tierischen, das den Menschen herabzieht. Oder ist es nur ein Großwahn des Menschen, daß er über dem Tiere stehe?

Und wenn es so wäre, daß das Tier in seiner unverbrauchten, unverfälschten Natur den Menschen lehren könnte, auch dann verlohnte es sich, mit aller Inbrunst an das Jahr eins nach... zu denken und dafür zu arbeiten. Denn dann mühte das neue und eine neue Zeitrechnung eröffnende Jahr einen neuen Anfang bedeuten, der uns herausführt aus aller Sklaverei, die eine mißverstandene Kultur über uns verhängt hat. Dann könnte das Menschliche getrost mit dem Tierischen verglichen werden, ohne daß eine Herabwürdigung sich damit verbände. Denn es würde im Kernpunkt einer solchen Anschauung das Leben und die ihm innewohnende Sorge um die Erhaltung des Daseins und die Fortpflanzung der Art. Das ist das Wesen des tierischen Lebens überhaupt, also auch des menschlichen. Daß der Mensch dieses Wesen allmählich ausgezittelt, kompliziert gemacht hat, ist sein Verdienst, aber auch sein Schicksal. Vielleicht sehen, wie es auch im Tierischen vorkommt, im unentrinnbaren Gefolge dieses Schicksals solche Katastrophen, wie der Weltkrieg für die Menschheit eine war.

Aber die geschichtliche Erfahrung lehrt, daß solche Katastrophen nicht allgütliche „Höhepunkte“ der Entwicklung sind. Vernichtend wirken sie im Tierischen auch, aber die Tiere können sich entschuldigen: sie haben keine „menschliche Vernunft“. Menschliche Vernunft mühten aber zum mindesten die Menschen haben, und diese Vernunft sollte die animalische Vernichtungskatastrophe ablenken, zerstreuen, aufteilen, wirkungslos machen können. Die menschliche Vernunft hat das aber freilich nicht in 1919 gütlich gestützt

Preussische Landesversammlung.

52. Sitzung, Mittwoch, den 18. Juni 1919.

Die Besprechung der förmlichen Anfragen über Handel und Lebensmittelwirtschaftung wird fortgesetzt.

Hg. Gerbert (Soz.) begründet die sozialdemokratische Anfrage über die Preise der Bekleidungsstücke. Er verlangt die planmäßige Herabdrückung der Preise durch Regierungsmassnahmen; er empfiehlt dabei Ausschaltung des Zwischenhandels und unmittelbare Belieferung der Verbrauchergemeinschaften.

Damit sind aber zweifellos Handgranaten gemeint.

(Lebhafter Bewegung.) Wenn infolge der Hebe des Landbundes der Landwirtschaftspreis einsetzt und die hungernden Arbeiter auf das Land kommen, dann wird man sie nicht mit Lebensmitteln versehen.

Sondern die sogenannten Einwohnerwehren werden sie mit Handgranaten begrüßen.

(Lebhafter Hört, hört!) Durch schamlose Verdächtigungen will der Landbund auch vor dem Eintritt in den Verband der Landarbeiter warnen. Den Arbeiterräten wird die Kontrolle in den Landbezirken unmöglich gemacht. Notwendig sind Landräte, zu denen die Bevölkerung Vertrauen hat.

Unterstaatssekretär Köhler: Die unbefriedigende Preislage für Lebensmittel und Verbrauchsgüter ist auf die Auslandsperre, die Verringerung der Erzeugung, den Schleichhandel und neuerdings auch auf transportwirtschaftliche Schwierigkeiten zurückzuführen. Da die Marktpreise durchweg weit unter den Weltmarktpreisen liegen, würde im Augenblick ihre Senkung undurchführbar sein.

Amnestie ausgeschlossen

werden. (Beifall.) Zur Hebung der Arbeitslosigkeit wird auf die Kapazität der Erwerbslosenfürsorge, die Ausgestaltung der Arbeitsnachweise, den Schutz der Arbeitswilligen zur Verhinderung wilder Streiks und auf die Verbesserung der Arbeitsleistung durch Anreizsysteme Wert gelegt werden müssen. Ein Reichsindustriefonds zur Beilegung der Produktion wird beraten. Zur Beseitigung der Preisplünderung in der Lebensmittelwirtschaft wird eine Preisstelle mit der Aufgabe der Befestigung unregelmäßiger Verschiedenheiten der Löhne in Staats- und Privatbetrieben. Die Kommunalisierung des Lebensmittelhandels wird auf Grund eines Vorschlags der Sozialisierungskommission im Reichsministerium des Innern nachgeprüft.

Ein Regierungsvertreter entscheidet den Handelsminister mit der Notwendigkeit seiner Teilnahme an den Weimarer Friedensbesprechungen.

Hg. Ehlers (Dem.): Keine Parteifreunde hätten die Aussetzung der Besprechung bis zum Wiedererscheinen des Ministers gewünscht. Wenn wir vorwärts kommen wollen, dann müssen die ewigen Streiks aufhören. In Frankfurt am Main haben eine Handvoll Leute viele Tausende Arbeiter zum Streik gezwungen.

Hg. v. d. Osten (Nat. Vp.): Bisher gehörte es nicht zur sozialistischen Lehre, wirtschaftliche Kräfte mit Polizeigewalt zu bekämpfen, so wie ihn der sozialdemokratische Unterstaatssekretär Köhler gegen den Schleichhandel in die Schranken rufft. (Gelächter links.) So ist die Verzögerung der Landwirtschaft nicht zu befechtigen. Das Gesamtinteresse aller Glieder des Volkes, das der Ernährungsminister gestern in den Vordergrund gestellt sehen wollte, ist

unter der Hohenzollernherrschaft viel wirksamer als jetzt berücksichtigt worden. (Gelächter links.) Die vom Minister gestern angegriffenen Forderungen des Landbundes haben einen berechtigten Kern. Dem Volke müssen die Augen über die katastrophale Gefahr geöffnet werden, in der wir vor der nächstjährigen Ernährungsperiode stehen. Der Minister war nicht im geringsten berechtigt, von einer Profitgier der Landwirtschaft zu sprechen. Der Landbund läßt sich nicht von materiellen, sondern von volkswirtschaftlichen Beweggründen leiten. (Große Anruhe links.) Der Minister hat von der

Blaspheme der Landwirtschaft

gesprochen; ich will hoffen, daß das Volk nicht eines Tages sagt: die schlimmste Hungerplödele kam uns von der Republik. (Stürm. Unterbrechungen. — Ruf: Verteidiger des Buchers! — Lebhafter Gegenruf rechts, andauernder großer Lärm.) Nur wenn Sie der Forderung der Landwirtschaft mehr Verständnis entgegenbringen, werden Sie eine Ernährungskatastrophe verhindern. (Lebhafter Beifall rechts, große Anruhe links.)

Hg. Peters (Soz.): Wenn hier von der Rolle des deutschen Volkes gesprochen wird, dann hat die Rechte zu schweigen, denn sie ist daran schuld. Die Wahrheit wollen Sie nicht hören, aber kein Mensch kann doch davon zweifeln, daß die Aufhebung der Zwangsverpflichtung von unabweislichen Preissteigerungen begleitet sein würde. Beweis, die Lage auf dem Eier- und dem Fleischmarkt. Nicht Aufhebung der Zwangswirtschaft, sondern Förderung des Genossenschaftswesens und Ausbau der Zwangswirtschaft sind die Forderungen des Tages. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hg. Ristert (P.) bespricht den Arbeitermangel auf dem Lande und wendet sich gegen die Vorwürfe, daß die Landwirtschaft Bucher getrieben habe. Auch die Arbeiterschaft beteiligte sich am Schleichhandel.

Hg. Mehrhof (U. Soz.) wendet sich entrüstet gegen den Vorwurf des Vorsitzenden, daß

90 Proz. der Arbeiterräte Schleichhandel getrieben

hätten. Die Annahme der Landhändler und der anderen Agrier würden für die arbeitende Arbeiterschaft ein Ansporn mehr zur Lösung des porzellanartigen Knotens sein. (Lebhafter Hört, hört! rechts.) Die einzige Rettung aus den heutigen Wirren sei die

Kommunalisierung und Sozialisierung.

Denn keine sich die jetzige Regierung nicht ausschlagen zu können. Es sei unerhört, daß überhaupt die Forderung zur Wiedereinführung des freien Handels in dieser Zeit schamlos Bucher ausgestellt werden sei.

Hg. Geth (D. Vp.) bedauert, daß der bei den Eiern gemachte erste Versuch des Abbaues gescheitert sei insofern, daß immer noch

Buchpreise beständen, aber Eier seien doch sehr wenigstens zu haben. (Großer Lärm links.)

Ein Antrag auf Schluß der Aussprache wird angenommen. Der unabhängige Antrag auf Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Eier wird gegen die Stimmen der beiden sozial-

demokratischen Parteien abgelehnt, ein Antrag der Sozialdemokraten auf staatliche Regelung der Bekleidungspreise wird angenommen.

Weiterberatung der Anträge Freitag 12 Uhr. Schluß 8 Uhr.

Prozeß Ledebour.

Die Reden der Staatsanwälte.

Staatsanwalt Schae untersucht die Frage der Beteiligung des Angeklagten

an den ihm zur Last gelegten Straftaten. Da der Angeklagte in der Voruntersuchung von seinem Recht Gebrauch gemacht hatte, nichts auszusagen, so mußte hier eine große Reihe von Zeugen vernommen werden, darunter verschiedene, die sich an die Verteidigung herangedrängt hatten, um Aussagen zu machen, die mit der Sache gar nicht im Zusammenhang stehen. Der Angeklagte hat hier dargelegt, daß die Revolution vom 9. November seine Erwartungen nicht erfüllt hat und daß er deshalb bestritt war, die Regierung zu stützen. Was er in dieser Hinsicht angeführt hat, ist nicht geschichtliche Wahrheit, sondern die Darstellung eines Beteiligten. Aber daß es seine Auffassung war, daran ist bei einem Manne, der lange Jahre im parlamentarischen Leben steht, nicht zu zweifeln. Er war überzeugt, daß die Revolution verpfuscht war und daß er das Recht habe, sie weiterzutreiben. Diese Überzeugung des Angeklagten muß also bei der Beurteilung berücksichtigt werden. Die Absehung Eickhorns bildete den Anlaß zu den Januarrufen. Wir haben dem Angeklagten zugestimmt, daß er der Überzeugung war, die Regierung habe kein Recht gehabt, Eickhorn abzusetzen; obwohl sie das Recht tatsächlich hatte. Wir konnten, um den Prozeß

nicht ins Unfertige

zu führen, nicht auf die Beweisurteile eingehen, die sich mit Vorgängen beschäftigen, welche der Vorgeschichte des Prozesses angehören und mit diesem nicht in Zusammenhang stehen. Das gilt für die Vorgänge am 6. Dezember und auch für Dinge, die sich bei der Verhaftung des Angeklagten abspielten. Was wir über diesen Punkt von Zeugen gehört haben, hat nicht das geringste dafür ergeben, was der Angeklagte über angebliche Vorpläne angeführt hat. Selbstverständlich mußten den Verhafteten gegenüber die erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen zur Verhinderung der Flucht getroffen werden. Wenn es dabei nicht ohne Härten und Schrottschichten abging, so erklärt sich das aus der stürmisch bewegten Zeit des Aufmarsches. Aber von dem, was daraus gemacht worden ist, ist nichts erwiesen. Die Glaubwürdigkeit des Grafen Westarp ist angezweifelt worden. Das meiste, was aus ihm herausgeholt wurde — er ist ja geradezu ausgepredigt worden — gehörte gar nicht zur Sache. Aber es ist kein Zweifel, daß er auch in diesen Punkten die volle Wahrheit gesagt hat. Die Zeugen, die ihn gesehen haben wollen bei den Vorgängen, bei denen er seiner Annahme nach gar nicht zugegen war, müssen sich geirrt haben. — Auch die Angaben des Zeugen Tiefenhausen sind fast angefochten worden. Er hat ja nicht die Qualität des Zeugen Westarp, aber in den Punkten, auf die es ankommt, sind seine Angaben von anderen Zeugen bestätigt worden. Der Zeuge Tiefenhausen kann also ganz ausscheiden. — Der dritte angefochtene Zeuge ist der damalige Stabkommandant Fischer. Was er hier angibt, ist eine mutige offene Vorlegung der schwierigen Stellung, die er damals hatte. Seine tatsächlichen Angaben sind auch durch den Zeugen Hübner nicht erschüttert worden. Vieles, was auch trotz der Zeugenaussagen noch dunkel geblieben ist, hat der Angeklagte Ledebour durch seine Darlegungen selbst aufgeklärt. Hieraus und aus den Zeugenaussagen ergibt sich, daß infolge des Streites zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien die Anhänger der einen, die sich um den Polizeipräsidenten Eickhorn scharten, schon vor den Januarrufen

systematisch bewaffnet

wurden. Dann wurde am 6. Januar der „Vorwärts“ befehligt, was der Angeklagte nachträglich gebilligt hat. Bei der Befehlsgebung wurden Gewalttätigkeiten gegen Personen und Sachen verübt, das Gebäude wurde in Verteidigungszustand gesetzt, Maschinengewehre wurden eingebaut und die Mannschaft gruppenweise in dem Gebäude untergebracht. In den Geschäftsräumen des Hauses sind Diebstähle verübt worden. Die an der Befehlsgebung beteiligten Arbeiter waren zwar dazugegen, aber der Bewegung hatte sich, wie das in solchen Fällen zu geschehen pflegt, der Janbengel angeschlossen und es wurden auch Hauszüge in der Umgebung des „Vorwärts“ verübt. Bei der Befehlsgebung des „Vorwärts“ handelte es sich nicht nur darum, daß die Kräfte der einen Ansicht nach den Arbeitern geraubte Macht zurücknehmen wollten, sondern sie haben das Weitererscheinen des „Vorwärts“ verhindert, sie haben

die Pressefreiheit getöbelt.

Auch die Häuser Wärenstein und Roffe wurden in ähnlicher Weise befehligt, auch dort wurden Diebstähle verübt. Der Schießbefehl wurde von den Aufsehern befehligt und Lebensmittelbestände wurden geraubt. Eine wichtige Rolle hat auch die Befehlsgebung der Kommandantur gespielt. Die verübte Befehlsgebung des Kriegsministeriums ist nur von untergeordneter Bedeutung.

Staatsanwaltschaftsbesitzer Schae besprach weiter die Vorgänge vom 5. und 6. Januar. Ein gewaltiger Demonstrationzug bewegte sich von der Siegesallee nach dem Polizeipräsidium, wo der Angeklagte Ledebour eine Rede hielt, die sich in äußerst scharfer Weise gegen die Regierung wandte. Aus der Menge ertönten Rufe nach Waffen, worauf der Angeklagte sagte, wartet nur ab, die Zeit wird schon kommen. (Widerspruch des Angeklagten.) Einige Zeugen haben sich in diesem Sinne ausgesprochen. Danach formten sich die Märsche, die zur Befehlsgebung des „Vorwärts“ und der anderen Zeitungen führten. Währenddem trat der Angeklagte mit seinen Freunden zu einer Besprechung zusammen. Da bekam er die Nachricht, daß

der „Vorwärts“ befehligt

worden sei. Das mag nicht im Plane des Revolutionärausschusses gelegen haben, aber die Befehlsgebung wurde auch vom Angeklagten als gegebenes Faktum hingenommen und zum Ausgangspunkt des Aufstandes gemacht, des Gemetzelns, der zum Sturz der Regierung benutzt werden sollte. Am nächsten Tage, den 6. Januar, erschien der Aufruf, der die Arbeiter zum Generalstreik und zu den Waffen rief. Diesem Aufruf leisteten die Arbeiter in großen Scharen Folge, sie kränkten nach dem Marktplatz, um Waffen in Empfang zu nehmen. Dem Angeklagten als einem tätigen Mitglied des Revolutionärausschusses konnte nicht entgangen sein, was in seiner Anwesenheit im Marktplatz vorging. (Angeklagter Ledebour fragt: „Was denn?“ — Der Vorsitzende unterlegt die Unterbrechung. — Der Staatsanwalt fährt in seiner Rede fort. — Ledebour unterbricht ihn in äußerst erregter Weise, schließt mit der Faust auf den Tisch und protestiert gegen dunkle, undeutliche Andeutungen des Staatsanwalts. — Der Vorsitzende unterlegt dem Angeklagten energisch, dem Staatsanwalt zu unterbrechen, und droht mit dem Abbruch der Verhandlung, wenn sich der Angeklagte nicht füge.) Staatsanwalt: Vom Marktplatz ging der Angeklagte nach dem Polizeipräsidium, wo er mit seinen Freunden weiterverhandelte. Der Angeklagte ist trotz seines hohen Alters mit jugendlicher Frische in die Situation hineingedrungen, die sich ihm bot. Wenn sein Verhalten während der ganzen Tage berücksichtigt wird, dann

müssen die Schuldfragen bejaht werden.

Der Aufruf war ausgedruckt, zunächst konnte an seine Nieder-

bringung mit Waffengewalt nicht gedacht werden, denn die Regierung hatte keine bewaffnete Macht, auf die sie sich verlassen konnte. Erst an den folgenden Tagen sind Truppen aufgestellt worden, um den Aufruf zu überwinden. — Die Verhandlungen, die während der ersten Kampfstage angeknüpft wurden, waren am Mittwoch auf einem toten Punkt angekommen. Da erschien wieder, am 9. Januar, ein Flugblatt, das in schärfsten Worten zum Kampf aufforderte. Zwar sollten in den nächsten Tagen die Verhandlungen nochmals ein, aber, wie der Angeklagte sagt, hatte er den Eindruck, daß die Regierung die Sache verschleppen wollte. Wir haben aber hier durch Zeugen gehört, daß auf der Seite der Aufständigen unter anderem auch der Rücktritt bestimmter Regierungsmitglieder verlangt wurde. Auf eine solche Forderung kann eine Regierung natürlich nicht eingehen.

Mit seinem Handeln am 5. und 6. Januar ist der Angeklagte aufgetreten

als Missetäter

der Menge, die sich zusammengetan hatte, um die Regierung mit Gewalt zu stürzen. Die Schuldfrage nach Landfriedensbruch und Aufruf werden Sie, meine Herren Geschworenen, also zu bejahen haben. Es fragt sich nur noch, ob mildernde Umstände vorliegen. Bei dem Angeklagten spielte zweifellos das Streben nach Erlangung der Macht eine Rolle. (Ledebour: „Ich habe doch am 9. November einen Ministerposten abgelehnt. Was der Staatsanwalt sagt, ist eine ungeheure Fälschung.“ — Der Vorsitzende unterlegt dem Angeklagten, von Fälschung zu sprechen, und stellt wieder in Aussicht, daß, wenn der Angeklagte sein Verhalten nicht ändere, das Gericht erwägen müsse, ob weiter verhandelt werden könne. In dieser Weise könne es nicht weitergehen.)

Staatsanwalt: Wenn das, was dem Angeklagten zur Last fällt, in normalen Zeiten begangen wäre, dann würde ja von mildernden Umständen keine Rede sein können. Aber hier ist zu berücksichtigen, daß die Handlungen des Angeklagten in eine durch Parteikämpfe aufgeregte Zeit fallen, daß er der Überzeugung war, die Revolution habe ihre Ziele noch nicht erreicht und müsse deshalb weitergetrieben werden, und daß er auch überzeugt war, Eickhorn sei unrechtmäßig abgesetzt worden. Diese Erwägungen veranlassen mich,

für die Zustimmung mildernder Umstände

eingutreten.

Donnerstag, 9 Uhr, beginnen die Plädés der Verteidiger.

Zum „Attentat“ auf Kadel.

Die von der Reichswehrkommando 99 vorgenommene Untersuchung hat festgestellt, daß aus der Flammenwerferfabrik kein Schuß auf Kadel abgefeuert worden ist und daß nur eine einzige Kugelspur gefunden wurde, und zwar die des Schusses, der von einem unvorsichtigen Soldaten auf einem der dortigen Anfernenhöfe in die Luft abgegeben worden ist und in die Nähe Kadel's zurückgeprallt war. Infolgedessen ist den Regierungstruppen, die in jenen Kasernen untergebracht sind, noch einmal das bekannte Schießverbot Kofles eingehärt worden.

Die „Freiheit“ — wir nennen die Quelle, nicht so wie die „Freiheit“ bei unserem Bürgerkriegsbericht, den sie geflucht hat — meldet, daß ein Militärattaché in der Stadtlogie wegen des ausdrücklich verbotenen Sprechens mit anderen vom Fenster aus, erschossen worden ist. Es liegt natürlich im dringendsten Interesse der Rechtspflege, Untersuchungsversuche zwischen Untersuchungsgeheimnissen zu verhindern, eine sozialistische Regierung wird genau derselben Meinung sein, aber ob gleich dieses äußerste Mittel angewendet werden mußte, ist doch zweifelhaft. Und nun sehen wir wieder dem Papageienschrei „Tatol des Edenhotels“ zerknirscht entgegen.

Verbandstag der Holzarbeiter.

Wimmer-München: Es ist schwer, den Vorstandsbericht heute sachlich zu kritisieren. Der politische Meinungsstreit gehört nicht in den Verband.

Sturm-Berlin kritisiert die Arbeitsgemeinschaften. Um die Betriebe vor der Sozialisierung zu schützen, gingen die Unternehmer darauf ein. Er verurteilt weiter den Anschluß an den Bund „Freiheit und Vaterland“, das Fürsorgewesen und die Kriegspolitik der Gewerkschaften.

Swinnowski (Vorstandsmitglied): Die Aufhebung des Statuts war notwendig. Der Vorstand konnte während des Krieges nicht besser arbeiten. Wir müssen Toleranz nach beiden Seiten üben. Zu den Tarifverträgen sind wir durch die Verhältnisse gezwungen worden. Wir können nicht verlangen, daß die Revolution allen drei Richtungen Rechnung trägt. Ledner geht auf die Politik in Deutschland und die Revolution ein. Die Politik des Vorstands nach dem 9. November ist nicht zu billigen. Wir müssen die Differenzen sachlich und ruhig austragen.

Es tritt Schluß der Debatte ein. Siegle-Berlin betont, die Revolution sei an den Disziplinierungsrednern spurlos vorübergegangen. Zu Beginn des Krieges konnte man über den Charakter des Krieges im Zweifel sein, doch hätte der Vorstand später eine andere Politik treiben müssen. Wir können nicht alle Handlungen des Vorstands nachprüfen. Die gewerkschaftliche Tätigkeit läßt sich von der politischen nicht trennen. Kleine gewerkschaftliche Erfolge können uns nichts nützen.

Die rein gewerkschaftliche Tätigkeit Leiparts ist anzuerkennen. Ledner bespricht ausführlich die Kriegspolitik und die Arbeitsgemeinschaft. Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft sei nur aus Angst vor der Sozialisierung erfolgt. Im Oktober 1918 sei die „Dolarbeiterzeitung“ noch für die Entscheidung durch das Schwert eingetreten. Der Vorstand habe sich nach dem neuen Zeit angepaßt.

Kadner (Reaktion) hebt auf dem Boden der Vaterlandsverteidigung. Im übrigen geht er auf die einzelnen angegriffenen Artikel ein und verteidigt dieselben mit guten Gründen.

Leipart hat in seinem Schlußwort: Kein Ledner hat ein Wort über den Frieden gesprochen. Insece Vertreter aus den belebten Gebieten sind nicht zugelassen worden; die Vertreter vom Osten sind vielleicht zum letzten Male hier. Wir protestieren dagegen. Mit der Politik der Generalkommission bin ich nicht immer einverstanden gewesen. Der Streik der letzten Jahre ist nur auf die politischen Meinungsverhältnisse zurückzuführen. Doch die Gewerkschaften ein notwendiges Übel seien, ist schon früher erklärt worden, wie branden aber die Gewerkschaften. Die Arbeitsgemeinschaft hat schon 1914 bei uns bestanden. Aus den Mitgliederkreisen haben wir nur Zustimmung erhalten. Gegen den internationalen Kongress von Stuttgart haben wir nicht verstoßen. Im Volkstum haben wir uns beteiligt, um gemeinsam gegen die Vaterlandsparität vorzugehen. Der Vorstand behauptet

Die Maßnahmen der Verbandsbeamten.

Redner wendet sich gegen die Resolution Siegle. Den Boden des Klassenkampfes habe der Vorstand niemals verlassen. Nach einigen persönlichen Bemerkungen erfolgt die Abstimmung.

Der Kommissionsantrag wird mit 97 gegen 56 Stimmen angenommen und

dem Vorstandsvorstand und der Redaktion somit das Vertrauen ausgesprochen.

Die Resolution Siegle wird mit 106 gegen 43 Stimmen abgelehnt. Die Abstimmung erfolgte namentlich. Die von der Kommission empfohlenen Anträge Dresden und München, die die Verreichung der Arbeiterbewegung bedauern und empfehlen, das Trennen in den Hintergrund zu stellen, werden mit überwiegender Mehrheit angenommen. Ein Antrag Schell-Hin und Wendt-König, der sich gegen die Maßnahmen der Verbandsbeamten und -funktionäre wegen ihrer politischen Überzeugung ausspricht, wird ebenfalls angenommen.

Darauf erhebt König

den Klassenbericht.

Die Klassenverhältnisse haben sich durch den Krieg nicht günstig gestaltet. Eindeutig der Volkskassen betrogen während der fünf Jahre die Einnahmen 21 149 960 M. und die Ausgaben 10 236 353 M. An Verdächtigungen sind 9317 250 M. vorhanden. An Unterstellungen wurden 11 529 208 M. ausbezahlt. Während des Krieges wurden die Volkskassen das Geld der Hauptklasse zur Verfügung stellen.

Reiffeld gibt den Revisionsbericht und stellt fest, daß der Verband keine Kriegsanleihe gezeichnet hat.

Schleicher bittet im Kommissionsbericht um Ablehnung der Anträge, die verlangen, daß den Volkskassen das Geld zurückgezahlt wird.

An der Diskussion sprechen Brenkmüller-Bremen und Müller-München sich für die Anträge aus. Die Anträge werden abgelehnt.

Tarnow erhält das Wort zum Referat über Die neuen Aufgaben des Verbandes.

Die Revolution ist nicht spurlos an uns vorübergegangen. Unsere Organisationsarbeit hat zum Sozialismus geführt; durch sie erst haben wir den Sozialismus praktisch vorgearbeitet. Der gesellschaftliche Organisationswille ist zu vertiefen; auch den Lohnkampf dürfen wir nicht aufgeben. In der künftigen Gesellschaft muß die wirtschaftliche Existenz für alle sichergestellt werden. Auch auf dem Boden der Gemeinwirtschaft brauchen wir die gewerkschaftliche Vertretung zur Wahrung der besonderen Arbeiterinteressen. Wir fordern die Betriebsarbeiterräte, die die erweiterten Aufgaben der Arbeitervereine übernehmen sollen. Zur Leitung der Gemeinwirtschaft müssen Wirtschaftskammern gebildet werden. Auch in der Holzindustrie sind Sozialisierungsmöglichkeiten vorhanden. Wir müssen uns für die Aufgaben, die die Sozialisierung bringt, bereit halten. Der Redner bittet um Annahme einer Resolution, die lautet:

Zur Einleitung der Sozialisierung der Holzindustrie fordert der Verbandstag von der Regierung und Gesetzgebung:

1. Die Errichtung von Wirtschaftskammern für die Holzindustrie und für jedes holzverarbeitende Gewerbe. Die Wirtschaftskammern haben die Aufgabe, an Stelle der Privatwirtschaft die Gemeinwirtschaft einzuführen und deren Leitung zu übernehmen, die Produktion entsprechend dem zu ermittelnden Bedarf gleichmäßig zu organisieren, die höchstmögliche Wirtschaftlichkeit und eine gerechte Verteilung des Arbeitsvertrages herbeizuführen. Die Durchführung dieser Aufgabe erfordert die Mitwirkung aller volkswirtschaftlich tätigen Kräfte, jedoch ist die Vertretung in den Kammern so zu regeln, daß die anspruchsvollsten Anhänger des gemeinwirtschaftlichen Prinzips die Mehrheit bilden. Zur Durchführung der einzelnen volkswirtschaftlichen, technischen und sozialpolitischen Aufgaben sind den Wirtschaftskammern Verwaltungsbürokraten anzuschließen.
2. Die Enteignung aller Privatforsten von mehr als 10 Hektar zusammenhängender Fläche und ihre Überführung in öffentliches, Eigentum und gemeinwirtschaftlichen Betrieb.
3. Die Bewirtschaftung des gesamten in Deutschland produzierten und vom Ausland eingeführten Rohholzes durch die Wirtschaftskammern.
4. Die Umwandlung des privaten Holzhandels in gemeinwirtschaftliche Holzverarbeitungsstellen im Rahmen der Wirtschaftskammern; eventuell für eine Ubergangszeit die Zwangsindustrialisierung des Holzhandels.
5. Die öffentliche Bewirtschaftung auch der anderen in der Holzindustrie verwendeten Rohstoffe, wie Leim, Öle, Schellack, Saare und Borke, Korkweiden und Kork, Korkholz usw., durch die Wirtschaftskammern.

Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes.

Wiesbaden, 17. Juni.

Ein Antrag, auch zu dem Vortrage des Redakteurs Wagner einen Korreferenten zu bestellen, wird mit 91 gegen 143 Stimmen abgelehnt.

Dann erhält das Wort zum Vorstandsbericht der am Sonntag zum Korreferenten bestimmte Kamerad Rosemann (Anhänger der H. S. P.): Die Einzelheit im Verbandsrat wollen wir nicht. Über wir halten die Verbandsrats für verfehlt. Das Disziplinargesetz durfte nicht kommen. Die Kohlennot ist durch die Aufhebung von Vorzügen im Binnenland und bei der Eisenbahn fast herbeigeführt. Das Telegramm an Oberst um Aufhebung der Todesurteile über zwei Kameraden war Komödie; die Aufhebung war noch eine Selbstverständlichkeit. Die Einzelheit 1917 waren keine Rechte der Sozialisten, sondern durch Hunger hervorgerufen. Die Verbandsleitung hat aber stets zur Arbeit gemahnt. Das schuf immer mehr Erbitterung. Die Streikbewegung mußten in den Schützengärten. Der Vorstand beruhigte weiter. Durch diese Taktik ließ der Lohn der Bergarbeiter gegen andere Arbeiter zurück. Der Verband durfte nicht Kriegsanleihe zeichnen. Die Haltung der

Redaktion (Schlag nach der Revolution vollständig um. Die Revolution hat dem Bergarbeiter nur 1/2 Stunde Arbeitszeitverlängerung gebracht. Auf die Sozialisierung im Bergbau warten wir schon ein halbes Jahr. Aus dieser Enttäuschung entstand der Klassenstreik, der mit Waffengewalt niedergeworfen wurde, obgleich es sich nur um wirtschaftliche Forderungen handelte. Die Forderungen der Reinerkommission waren auch durchführbar. Die angelegten Betriebsräte genügen den Forderungen nicht. Kompromisse führen nicht zum Ziele. Die Führer, die das nicht einsehen, müssen gehen. Wir bleiben im Verband. Auf Grund des Programms der H. S. P. werden wir weiter darin wirken.

Nach dem zweistündigen Korreferat begann die Diskussion, die die ganze Vormittags- und Nachmittagsstunde ausfüllte. Bis 5 1/2 Uhr kamen von 97 eingereichten Rednern 29 zum Wort. Es wurde so verfahren, daß jeder Redner aus einem anderen Bezirk sein mußte, so daß auf die Weise jeder Bezirk dran kam. Am Schluß der Sitzung waren 4 Bezirke noch nicht zu Worte gekommen. Hauptächlich drehte sich die Kritik um die Haltung des Vorstandes während des Krieges, zum Hilfsdienstgesetz, zu den Streiks im Ruhrgebiet und um die Sozialisierung. Ein Viertel der Redner bekannte sich zur Opposition, während die meisten Redner die Haltung des Vorstandes als aus den Verhältnissen gegeben als richtig anerkannten, andere teilweise Kritik übten. Die Haltung der Generalkommission wie der Gewerkschaften überhaupt verteidigt Umbreit.

Die Diskussion geht Mittwoch weiter.

Verbandstag der Friseurgehilfen Deutschlands.

In Stuttgart fand kürzlich der 13. Verbandstag der Friseurgehilfen Deutschlands statt. Der gedruckt vorliegende Geschäftsbericht des Vorstandes, der die Zeit von 1914 bis 1918 umfaßt, gibt ein beachtenswertes Bild der Schicksale des Verbandes während des Krieges. Von 66 Jahrestellen überdauerten nur 11 die Kriegszeit und 5 konnten wieder, oder neuerrichtet werden, so daß die neue Periode mit 16 Stellen begonnen werden kann. Ende März zählte der Verband wieder 4554 Mitglieder und gegenwärtig ist die Zahl von 7000 überschritten.

Der Klassenbericht ergriff für die Jahre 1914-18 eine Gesamtsumme von 90 433 M. und eine Gesamtausgabe von 107 212 M.

Der Geschäftsbericht wurde vom Vorsitzenden und vom Kassierer mündlich erläutert und ergänzt. In der Debatte über den Vorstandsbericht wurden Klagen über Störungen der Verbandstätigkeit, besonders beim Materialverkauf, laut. Sie wurden von den Vorstandsmitgliedern auf die Kriegsschwierigkeiten, insbesondere beim Druck, und auf die neben- und ehrenamtliche Tätigkeit des Vorstandes zurückgeführt. Allgemein wurde eine Reorganisation von Beamten, sowohl im Vorstand, als auch in den Hilfsabteilungen verlangt. Mit Genugtuung konstatierte der Vorsitzende, daß keinerlei politische Richtungsstreitigkeiten zur Sprache gekommen seien. Dem Vorstand wurde einstimmig Deklaration erteilt. Danach referierte Umbreit über Titel VII der Reichsgewerbeordnung. Von einer Darstellung des vor dem Krieges geltenden Rechtszustandes und der während des Krieges und seit dem November v. J. eingetretenen Veränderungen abgesehen, behandelte der Redner die Bestrebungen nach einem einheitlichen Arbeitsrecht und die Vorarbeiten des Reichsarbeitsamtes dazu. Der Redner schloß mit der Versicherung, daß das große Werk bewirkt werde und forderte zu eifriger Mitarbeit der Gewerkschaften auf, da das neue Arbeitsrecht in erster Linie der Ausbreitung der Interessen der Arbeit werden solle.

In der Diskussion wurde vor allem das Lehrlingswesen und die hier im Friseurgewerbe bestehenden Mißstände besprochen, wozu auch verschiedene Anträge in der Richtung nach gesetzlichen Reformen vorlagen. Der Vorsitzende Erlorn ging näher auf diese Klagen ein und hielt einen stärkeren Einfluß der gewerkschaftlichen Organisation auf die Regelung des Lehrlingswesens für notwendig.

Am dritten Tag referierte der Vorstandsmitglied Erlorn über Tarifverträge. Er gab eine Lebensschau über die bisherigen Tarife und die Erfahrungen und erwartete einen allgemeinen Fortschritt auf tariflichem Gebiete mit dem Wachstum der gewerkschaftlichen Organisation.

Die gesetzliche Regelung der Geschäftsbetriebszeit an Wochentagen behandelte ein Vortrag von A. Lorenz-Hamburg, der nach einem Rückblick auf die auf Arbeitszeitregelungen gerichteten Bestrebungen des Verbandes nachweist, daß die Durchführung des Achtstundentages im Friseurgewerbe ohne einheitliche Geschäftszeit nicht möglich sei. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, die die Nationalversammlung um Änderung der Gewerbeordnung ersucht im Sinne der Ruhevorschriften für die oberen Verwaltungsbürokraten, auf Antrag der Mehrheit der beteiligten Geschäftsinhaber für eine oder mehrere Gemeinden eine einheitliche Regelung des Beginns und Endes der Geschäftszeit, sowie der Mittagspausen an Wochentagen als allgemein rechtsverbindlich anzuerkennen. Auch sollen die Sonntagruhe-Ausnahmen für das Friseurgewerbe bis auf die hohen Feste beseitigt werden.

Ein Vortrag von Th. Giese-Frankfurt über die fachgewerblichen Aufgaben des Verbandes lenkte die Aufmerksamkeit auf die wirksame Bekämpfung der Massenfeilsche für Preisfallen und auf die Beseitigung der Mängel der Lehrlingsausbildung. Der Referent hielt Vorschläge des Verbandes im Herren- und Damenfrisieren, sowie Spezialkurse für Hand-, Fuß- und Gesichtspflege, ferner den sozialen Ausbau des Verbandes, die Gewinnung tüchtiger Hochlehrer und die Errichtung von Hochschulen und Fachhochschulen für notwendig. Eine Resolution im Sinne dieser Vorschläge wurde angenommen, ebenso ein Antrag auf Vereinigung aller Volkvereine mit dem Verbande.

In der Statutenberatung wurden folgende wichtigeren Beschlüsse gefaßt: Der Name des Verbandes ist vom 1. Juli d. J. ab:

„Arbeitnehmer-Verband des Friseur- und Haargewerbes“.

Den Sitzungen werden gewisse Richtlinien vorgelegt, in denen die Ziele der Organisation zum Ausdruck gelangen. Die Beiträge werden in vier Lohngruppen auf 100, 80, 60 und 40 Pf. pro Woche festgesetzt. Lokalbeiträge können bis zu 25 Proz. der Verbands-

beiträge eingeführt werden. Die Reise-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wurden getrennt. Die Krankenunterstützung beträgt in allen 4 Klassen 1,00 M. pro Tag bis zur Höhe von 30 M. im Jahre. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt nach Lohnklassen und Mitgliedsdauer geklärt, 1,50 bis 2,50 M., 1,25 bis 2,25 M., 1,00 bis 2,00 M. und 0,75 bis 1,75 M. pro Tag auf 60 Tage Dauer im Jahr. Die Krankenunterstützung beträgt in diesen Klassen 0,50 bis 1,20 M., 0,70 bis 1,10 M., 0,60 bis 1,00 M. und 0,50 bis 0,90 M. pro Tag auf 60 Tage im Jahr. Als Höchstbeitrag kann ein Mitglied innerhalb 52 Wochen für Reise-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung in den 4 Klassen 90 bis 150 M., 75 bis 125 M., 60 bis 120 M. und 45 bis 105 M. beziehen.

Die Streikunterstützung beträgt 14 bis 22 M., 12 bis 20 M., 11 bis 18 M. und 10 bis 16 M. wöchentlich, außerdem für jedes Kind unter 14 Jahren (bis 3 Kindern) 1,00 M. pro Tag. Für Gemeinwirtschaftliche Unterstützung, gelten die gleichen Sätze, doch kann hier der Vorstand ausnahmsweise die Unterstützung bis zu 3 M. erhöhen. Die Notunterstützung beträgt bis 30 M. Das Sterbegeld wurde auf 75 bis 120 M., 65 bis 110 M., 55 bis 100 M. und 45 bis 90 M. bemessen. Das Verbandsorgan soll eine Nachbillaue erhalten und zur Unterstützung des Redakteurs ein Redaktionsrat eingesetzt werden. Der Verbandstag findet alle 2 Jahre statt. Die Vertreter des Vorstandes und Ausschusses haben Stimmrecht. Für die Beschlüsse sind besondere Mehrheitsentscheidungen zu bilden. Lehrlinge und Lehrlinginnen achten kein Eintrittsgeld und nur 20 Pf. Wochenbeitrag. Sie erhalten das Verbandsorgan und geeignete Bildungsschriften. Nach Beendigung der Lehrzeit treten sie unter Umrechnung ihrer Beiträge in den Verband über. Es wurden noch die Vorschriften über Lohnbeweismittel sowie die Geschäftsbekämpfung der Mitgliederbestrebungen erörtert und dann die neuen Satzungen im ganzen angenommen. Die Satzungen gelten vom 1. Juli 1919, die höheren Unterstützungen für Arbeitslose und Kranke sowie das Sterbegeld erst vom 1. Juli 1920.

Zum Gewerkschaftsforschung wird Erlorn beauftragt. Ihm wird aufgegeben, jeder Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung entgegenzuwirken.

Zur Frage der

Damenfriseurgehilfinnen

wurde eine Resolution angenommen, in der eine ständige Lehrzeit für diese als notwendig erachtet, die Verbot der freien Ausbildungsinstitute verlangt und vom Jahre 1921 ab der Aufsicht der Geheilmitteln ohne vorerprobte Lehrzeit vor der Beschäftigung erstreckt wird. Für die Geheilmitteln ohne vorerprobte Lehrzeit werden bestimmte Löhne gefordert und im Übrigen der Grundsatz des gleichen Lohnes für gleiche Leistung geltend gemacht. Ferner wurden für eine gesetzliche Regelung des Lehrlingswesens Grundzüge aufgestellt in der Richtung einer Beschränkung der Höchstzahl der Lehrlinge im Verhältnis der Geheilmitteln, anschließender Lehrzeit, Verbot gewerkschaftlicher Lehrinstitute, kommunale Stellenvermittlung mit Prüfungsberatung, kommunale Gewerkschaften, sowie Kontrolle der Lohn- und Arbeitsräume der Lehrlinge. Ein Antrag betr. Auffstellung eines Kommunalisierungsprogramms wurde dem Vorstand überwiesen. Der Vorstand wird ermächtigt, in der Sachverwaltung sofort eine Hilfskraft und in den Zweigvereinen Lokalbeamte anzustellen. Eine dritte Kraft kann im Hauptbüro mit Zustimmung des Ausschusses nach Erreichung einer Mitgliedszahl von 12 000 angefordert werden.

Die Vorstandswahlen ergaben: Vorsitzender Erlorn, Kassierer Lanoner, Ausschussvorsitzender Lorenz-Hamburg.

Nach einer Schlussrede des Vorsitzenden fand der Verbandstag sein Ende.

Verbandstag der Kupferschmiede.

Dresden, 17. Juni.

Am zweiten Verhandlungstage wird die Aussprache über die Verträge fortgesetzt, die den ganzen Vormittag ausfüllt. Es kommen noch 13 Redner zum Wort. Die Diskussion bewegt sich in denselben Rahmen wie am Tage vorher. Ein Redner fordert die Einheitsorganisation aller Arbeiter gegen den Sozialismus; das sei wichtiger als ein Uebereinstimmen der Kupferschmiedeverbände zum Metallarbeiterverbande. Die Gründung des Eisenbahnerverbandes wurde begrüßt. Auf die Angriffe gegen die Generalkommission geht Erlorn ausführlich ein. Es sei notwendig, die Bewegung der Massen in eine einheitliche Richtung zu lenken. Die Arbeiter streben alle dem gleichen Ziele, dem Sozialismus zu. Das gelte auch von den Gewerkschaftsangehörigen. Meinungsverschiedenheiten beständen nur über die beste Methode zur Erreichung dieses Ziels. Die Arbeit der Generalkommission ergab sich aus den jetzigen Verhältnissen. Viele waren damit nicht zufrieden, aber keiner habe sagen können, wie es hätte besser gemacht werden sollen.

In seinem Schlusswort geht Erlorn auf die am Vorabend geäußerte Kritik ein, die sich fast gar nicht gegen die Verbandsleitung als vielmehr gegen die Generalkommission gewandt habe. Diese habe jedoch nichts ohne Befragung der Verbandsvorstände getan.

Am übrigen ist die Nachmittagsstunde ausgefüllt mit dem Referat Giese und dem Korreferat Nahrmarck über

Arbeitsgemeinschaft oder Rätesystem.

Der Referent stellt sich voll und ganz auf den Boden der zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden abgeschlossenen Arbeitsgemeinschaft und des Aufbaues des Rätesystems im Sinne der Vorlage der Vorstandskonferenz an den Gewerkschaftskongress. Der Referent begründet ausführlich eine Entscheidung, in der geht nicht, daß sich durch die langjährige Ausgestaltung der Gewerkschaftsbeamten Interessensgegenstände zwischen ihnen und der Arbeiterschaft herausgebildet hätten. Die Arbeitsgemeinschaften seien zu vertiefen und der Verband solle sich auf den Boden des Rätesystems stellen, das unter Zustimmung aller Hand- und Arbeiter der heutigen Zeit entsprechen. Ein Zusatzantrag verlangt, daß nur solche Beamte angestellt werden sollen, die sich grundsätzlich zum Rätesystem bekennen.

Jugendveranstaltungen.

Schönharter Vorredl. Heute abend 7 Uhr Diskussionsabend: „Proletariat und Weltrevolution“.

Warum fragen Sie einen Kneifer?

(Nicht zu verachten.)

Um Ihre Augen zu schonen und weil es floter aussieht als eine Brille?

Schon denn der primitive Kneifer, den gerade Sie fragen, Ihre Augen? Sieht er wirklich floter aus als selbst eine altemodische Brille? Sigt er so leicht und bequem, als Sie es wünschen?

Nein, alles dies trifft nicht zu, denn er ist trotz aller komplizierten „Neuerungen“ in der Hauptache nach dem System des alten Rahmenquerschnitts konstruiert, aber das sich schon Ihr Großvater angerte!

Ihr Kneifer sitzt nicht fest. Er fällt schon beim Gehen und Radfahren herunter, geschweige denn bei noch energischeren Körperbewegungen. Und sitzt er wirklich einigermaßen fest, so macht er keinem Namen mehr Ehre, als gerade unbedingt nötig ist, er kneift nämlich abscheulich! Kneift Ihnen die Nase wund, und verurteilt Ihnen Kopfschmerzen! Letzteres allein aber nicht durch den Druck, sondern noch mehr dadurch, daß er nicht richtig sitzt.

Sie sehen nicht richtig durch den Brennpunkt, sondern oben durch den Rand des Glases. Sie

leben auch nicht senkrecht zur Glasfläche, also so: —, sondern schräg, nämlich so: — hindurch.

Das ist keine Schonung für die Augen, sondern eine fortgesetzte Ueberanstrengung derselben! Denn Sie werden hierdurch in eine schiefere Stellung gezwungen, und diese Zwangsstellung überanstrengt Sie schmerzhaft. Dabei die rasche Ermüdung beim Lesen, dabei die chronischen Kopfschmerzen, dabei die Nervosität. Letztere aber noch aus anderen Gründen.

Ihr Kneifer hält schlecht. Röhren Sie bitte, wie oft Sie im Laufe von 10 Minuten ihn durch Anfaßen in die richtige Lage bringen müssen! Wie Sie bemüht sein müssen, ihn dadurch in der richtigen Stellung zu erhalten, daß Sie jede Bewegung der Gesichtsmuskeln unterdrücken! Bis er schließlich sich doch wieder vornüberneigt, und wieder angefaßert, vielleicht auch, da Sie ihn öfter anfaßen müssen, gepußt werden muß. Und das soll Sie, wenn es von früh bis abends geschieht, etwa nicht nervös machen?

Sie meinen, Ihr Kneifer läßt floter aus? Andere sind anderer Meinung. Die Gläser hängen so floter magerecht zu einander zu stehen, seitwärts herab; sie bringen einen gewissen leidvollen entstellenden Zug ins Gesicht hinein, der aber alles andere als einen netten flotten Eindruck macht.

Ihr Kneifer erfüllt seine Aufgabe miserabel,

weil er gegen alle anatomischen und optischen Regeln konstruiert ist!

Ein guter Kneifer soll so fest, so angenehm und so korrekt sitzen wie eine gut passende Brille. Er soll deren sämtliche Vorzüge haben und ihre Nachteile vermeiden.

Man soll nicht nur reiten und radfahren, sondern sogar, wenn es sein muß, radfahren können, ohne daß der Kneifer abfällt. Er soll nicht das Gesicht zwieförmig verunstalten, sondern wogerecht stehen, elegant und absolut unauffällig sein. Er soll vor allen Dingen ein vollkommenes optisches Instrument sein und die Augen nicht in eine unnatürliche, anstrengende Stellung zwingen.

Der Kneifer, der allen diesen Ansprüchen gerecht wird, ist der Lohmann-Kneifer; er ist patentiert und in Deutschland nur in einem einzigen Geschäft käuflich, bei der Orthozentrischen Kneifergesellschaft m. b. H., Berlin, Potsdamer Straße 134a. Man beachte aber genau die Hausnummer 134 (Einhundertvierunddreißig), mit der Kennmarke „Lohmann-Kneifer“, denn in unmittelbarer Nähe und viel auffälliger gelegen befindet sich ein anderes optisches Geschäft unter ähnlicher Benennung, welches aber die vorzüglichen Lohmann-Kneifer nicht führen darf.

Man lasse sich die Nase nicht verdicken, sich den besten vollkommensten Kneifer zu besorgen, den man bekommen kann, denn ein weniger vollkommenere kann jahrelang nicht nur Unbequemlichkeiten verursachen, sondern auch die Augen schädigen.

Fortgesetzt gehen Anerkennungs schreiben ein. So schreibt uns Herr Kunstmaler Felix Stern, Berlin: „Es geriet mir zur größten Freude, Ihnen bezeugen zu können, daß ich die Erhaltung meiner geschwächten Sehkraft Ihren Augenkläsern zu verdanken habe. Die Schädigungen und Störungen, die mir andere, ungenaue Gläser und Fassungen einbrachten, sind mit einem Schläge geschwunden, auch empfinde ich beim Tragen Ihrer Gläser gar nicht meine äußerst starke Kurzsichtigkeit.“

Herr Willi Richter, beim Glase des 12. K. A., schreibt: „Selbst im Felde hat mir Ihr Kneifer, den ich nunmehr schon 5 Jahre trage, unerschöpfliche Dienste geleistet, so daß ich ihn nicht entbehren möchte.“

Der Lohmann-Kneifer ist der Beste für Damen, für Militärs, für im Bureau Tätige, wie für Sportleute. Wer ihn erst kennt, will nie wieder einen anderen, wer ihn noch nicht kennt, sollte ihn kennen lernen, und zwar, ehe es zur Schonung der Augen zu spät ist. Man verlange Prospekt 2 H.

Groß-Berlins Arbeiterräte zum Betriebsräte-Entwurf.

Büchel (S. P. D.) führte aus, daß der Rätegedanke, der seit dem 9. November die Arbeiter unausgesetzt beschäftigt, jetzt fest form erhalten solle. (Lachen der Unabh.) Auch die U. S. V. habe sich erst langsam zum Rätegedanken durchgemauert. (Widerspruch.) Der Gesetzentwurf über die Betriebsräte solle nur die Grundlage zu Besprechungen zwischen den in Betracht kommenden Gruppen sein. Die „Reichsüberstunde“ sei durch Vernunft vor aller Welt blamiert. Die sozialdemokratische Fraktion sei mit den Bestimmungen des vorliegenden Gesetzentwurfes nicht einverstanden. Zu der Bestimmung, die sich gegen einen Ausschluß von „Kosmogonisten“ und Geldern richtet, sagte Büchel: Ich kann mir wohl denken, daß diese Bestimmung über die Freiwilligen bei den Unabhängigen einen bösen Stachel hinterläßt. Ich wende mich dagegen, daß in Fragen, welche die Arbeitsregelung betreffen, Unternehmerverbände als solche zugelassen werden. Aber, um alle Forderungen der Arbeiter durchzusetzen, ist, wie Büchel sehr richtig sagt, eine rein sozialistische Regierung nötig, die nicht durch Kompromißrücksichten gehindert wird. (Zuruf: Das hätte Ihr im Januar sagen müssen!) Das Koalitionskabinett wäre nicht entstanden, wenn die Unabhängigen in der Regierung geblieben wären.

Somit tragen die Unabhängigen die Schuld an einer nicht sozialistischen Regierung. (Lärmender Widerspruch.) Um diese Tatsache kommen Sie nie herum. (Verlegenes Lachen.) Somit ist auch die U. S. V. an diesem Gesetzentwurf mit Schuld. (Unruhe.) Der Frieden wird und muß die Einigung des Proletariats bringen, wenn die Unabhängigen nicht wieder in die dargelegte Freundschaftsbande spucken. (Lachen und Widerspruch.) Lieblingsausdruck Adolf Hoffmanns im Dreifläschenhaus: Am dielen Lachen erkennt man den Karren! (Red.) Büchel verlas dann folgende Erklärung der S. P. D.:

Die S. P. D.-Fraktion kann sich mit dem veröffentlichten Gesetzentwurf über die Betriebsräte unter keinen Umständen einverstanden erklären. Dieser Entwurf enthält Bestimmungen, die auf keinen Fall die Zustimmung der Arbeiter finden können und der neuen Zeit nicht angepaßt sind. Unter allen Umständen verlangt die Versammlung, daß in dieser Gesetzesvorlage nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Angestellten und Beamten, gleichviel in welcher Stellung sie sich befinden, mit einbezogen werden. Die Fraktion setzt in die Mitglieder des Zentralkomitees und die Gewerkschaftsvertreter das Vertrauen, auf jeden Fall bei ihren Arbeiten in der Kommission dahin zu wirken, daß den Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten voll Rechnung getragen wird.

Als nächster Redner erklärte der Kommunist Kasch, daß der Gesetzentwurf eine Verhöhnung der Arbeiterschaft sei und die Arbeiterräte absagen wolle. Die Regierung stehe am Ende ihres Lateins.

Dr. Kaplan (Dem.): Unsere Fraktion stimmt gegen diesen Gesetzentwurf. Es ist unverkennbar, daß man seit dem 9. November einen rückwärtigen Kurs steuert. Schon der Entwurf der Regierung über Mitbestimmungsrecht der Arbeiter vom 23. Dezember, der noch die Unterschrift Haases trug, war nichts Halbes und nichts Ganzes. Aber damals bemühte sich die Regierung, doch wenigstens noch etwas zu geben. Heute allerdings nimmt man mit der linken Hand das wieder, was man eben mit der rechten geben will. In diesem Gesetzentwurf ist auch nicht eine Spur von demokratischen Prinzipien mehr zu finden. Wir Vertreter der Angestellten betrachten den Entwurf als eine Herausforderung. (Beifall auf allen Seiten.) Die Regierung wird es noch erreichen, daß die Angestellten und die Arbeiter sich auf einer proletarischen Einheitsfront zusammenfinden, um ihr Recht zu erkämpfen. (Stürmischer Beifall.) Und sie wird es erreichen, daß man den Herren in den Ministerien einmal ungewöhnlich erklärt, daß das Mittelalter mit dem 9. November ein Ende hat. (Stürmischer, langanhaltender Beifall auf allen Seiten.)

In der folgenden Diskussion bezeichnete Marx den Entwurf als einen Skandal. Die Geheimräte im Reichswirtschaftsministerium schienen zu glauben, die arbeitenden Klassen mit ihren Taschenspielerkunststücken über den Ernst der Stunde hinwegtäuschen zu können.

Koch (U. S. P.) beantragt die Diskussion zu schließen und den Gesetzentwurf abzulehnen. Der Antrag wird gegen wenige Stimmen angenommen.

Der Vorsitzende Wolat verlas ein Schreiben des Reichsarbeitsministeriums, das die Arbeiterräte um Entsendung von Vertretern der drei sozialistischen Richtungen zu Besprechungen über den Referentenentwurf ersucht.

Fischer (Dem.) stellt fest, daß also demokratische Vertreter nicht hinzugezogen werden sollen.

Weber die Entsendung der drei Vertreter zu der Konferenz im Reichsarbeitsministerium entspann sich noch eine Debatte, doch wurde infolge Verfehrens eine Abstimmung darüber nicht vorgenommen.

Zu unserem Abendblattbericht tragen wir noch, daß die von der Volksversammlung angenommene Entschloßung der Zivilmilitär die Arbeiterschaft zum Boykott der Militärmusiklokale auffordert.

kann dafür bestraft werden. Es muß möglich sein, eine Trennung des Verkaufs durchzuführen; wenn auch die Gliederung der Verbraucher nach der Einkommenshöhe noch nicht da ist, so konnte z. B. R. A.-P. der Kundenliste diesmal billiges Fleisch erhalten und das nächstmal C.u.-L., wenn man nicht zu dem Mittel der Verlosung greifen wollte.

Selbstverständlich beurteilen wir jeden Streit im Ernährungsgewerbe.

Umzugstermin zum Juli.

Wegen der Schwierigkeiten im Möbeltransportgewerbe sind in Berlin beim nächsten Wohnungswechsel zu räumen: kleine, d. h. aus höchstens zwei Wohnzimmern und Zubehör bestehende Wohnungen bis 3. Juli mittags; mittlere, d. h. drei oder vier Wohnzimmer bis 8. Juli mittags; große, d. h. mehr als vier Wohnzimmer bis 15. Juli mittags. Inhaber der Dreizimmerwohnungen müssen jedoch ein Zimmer und Inhaber von größeren Wohnungen zwei Zimmer schon am 3. Juli — vollständig geräumt — dem zuziehenden Mieter auf dessen Wunsch zur Verfügung stellen. Vorstehende Anordnung findet auf Geschäftsräume und möbliert gemietete Wohnungen und Zimmer keine Anwendung. Für den Zeitpunkt der Uebergabe derartiger Räumlichkeiten ist der Mietvertrag maßgebend.

Vereinigung der sozialdemokratischen Beamten u. der Gemeinden Groß-Berlins.

In einer von circa 1200 Personen besuchten Versammlung legte Genosse Walsch das Verhältnis der Beamten zur Sozialdemokratie dar. Die Anmeldungen legten Zeugnis dafür ab, wie sich der sozialistische Geist in der Beamtenschaft Bahn bricht. In der am 14. Juni in der Stadthalle abgehaltenen Versammlung kam es zu einer lebhaften Aussprache über unser Verhältnis zu den sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktionen. Die Verhandlungen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 5. Juni er. hätten bewiesen, daß die Fraktion über die Beamtenträger nicht genügend unterrichtet sei. Besprochen wurde, die Fraktionen in allen Gemeinden Groß-Berlins zu erlöchen, daß sie bei allen Beamten- und kommunalpolitischen Fragen eine Kommission unterer Vereinigung hört. Es wurde dann eine Organisations- und Agitationskommission gewählt; Vorsitzender ist Genosse Kobiak. Zur Herbeiführung einer starken Organisation ist erforderlich, daß sich sämtliche Verwaltungsstellen und die Vororte Vertrauensmänner wählen, die die Verbindung mit dem Vorstand und den Mitgliedern vermitteln. Die Vertrauensstellen und Vororte werden erlucht, Namen, Adresse und Dienststelle dieser Vertrauensmänner umgehend einzuschicken. Die Vertrauensmänner erhalten dann sofort eine Ausweisarte. Die Mitgliederkarten sind fertiggestellt und werden durch den Kassierer, Genossen Schäfer, ausgegeben. Auskunft erteilt G. Wäde, Rylestr. 2.

Eine Landesbauordnung.

Einer durchgreifenden Verbesserung des Wohnungswezens wird durch den Entwurf einer Landesbauordnung, die vom Staatskommissar für das Wohnungswesen, Scheidl, aufgestellt worden ist und künftig beim Erlaß von Bauordnungen für Städte, Landgemeinden mit Stadtrichter-Entwicklung und insbesondere Vororte höherer Städte als Grundlage dienen soll, der Weg gebahnt. In den neuen Entwurf sind die bekanntesten, auf Verbesserung der Wohnungsverhältnisse abzielenden Vorschriften des Wohnungsgesetzes hineingearbeitet. Die Wohnbauordnung geht vom dreigeschossigen Hause, dem sogenannten Mittelhaus, aus, dessen Anforderungen an Standfestigkeit und Feuerbeständigkeit den Bestimmungen zugrunde gelegt sind. Sie verlangt gute Belichtung und Durchlüftung für alle Räume, die zum dauernden Aufenthalt für Menschen bestimmt sind, und fordert für jede Wohnung wenigstens einen durchdringenden Wohnraum. Damit wird künftig das ungesunde und sozial verderbliche Mietskasernenbauwesen, das um enge, luft- und lichtlose Höfe auf vier Seiten Dues- und Hintergebäude gruppiert, unmöglich gemacht. Die Bestimmungen für das Mittelhaus sind dann für höhere und niedrigere Wohnausbauten nach oben und unten abgestuft. So wird für die viergeschossige Wohnweise der Erlaß verschärfter Vorschriften verlangt, während für Mittel- und Kleinhäuser die Gewährung weitgehender Erleichterungen empfohlen wird. Im Einfamilienhaus sind für die Treppen keine Mindestabmessungen gefordert und Holabkenderden auch ohne Verputz oder Verbrännung zugelassen. Auch dürfen Vorgärten, die bisher als Biergärten ein meist recht kümmerliches Dasein führten, künftig gartenmähtiger Ausnutzung dienlich gemacht werden. Von besonderer Bedeutung ist in Anbetracht der gegenwärtigen Wohnungsnot und des

Groß-Berlin

Die Verwertung von Heeresgut.

Während die gesamte Bevölkerung an Kleidungsstücken und Schuhzeug Mangel leidet, sind immer noch große Lager von Heeresgut vorhanden. So wird uns beispielsweise mitgeteilt, daß im Eispolast zu Berlin für etwa 35 Millionen Mark Textilien, wie Garne, Rattune, usw. lagern. Bezeichnend für die außerordentlich langsame Geschäftsführung und für die manchmal recht eigenartigen Praktiken, denen sich das Reichsverwertungsamt bedient, ist folgender Fall aus dem Ledergerberweber. Hier war ein großer Vorrat Pelotten (Lederbestandteile der Schuhbänder) insgesamt 468 000 Stück an eine Privatfirma abgegeben worden, deren Firmeninhaber den gleichen Namen trägt, wie der frühere Gruppenführer, Abteilung Leder, im Reichsverwertungsamt. Später stellte sich heraus, daß solche Pelotten 1,10 M. für das Stück angeboten wurden, während sie kurz vorher nur 0,35 M. gelostet hatten. Sie scheinen also dem Zwischenhandel zugute gekommen und von ihm verteuert worden zu sein, anstatt nach den Richtlinien des Reichsverwertungsamtes direkt an die Verbraucher verteilt zu werden. Ähnliche Fälle sind ja auch in anderen Ressorts zu verzeichnen. Verwunderlich ist nur das eine, daß nämlich eine Verbraucherfirma sich um die Pelotten bemüht hatte, aber erst nach zwei Monaten einer ablehnenden Antwort gewürdigt wurde. Diese langsame Geschäftsführung leidet natürlich dem Zwischenhandel und der Preissteigerung Vorschub, wäh-

rend andererseits Langfinger und gewiegte Schieber Gelegenheit bekommen, sich an den noch lagernden Beständen zu bereichern. Damit ist jedenfalls weder der Arbeiterschaft noch der Regierung gedient.

Streik der Tempelhofer Schlächtermeister.

Die Tempelhofer Schlächtermeister haben sämtlich ihre Läden geschlossen und durch Anschlag mitgeteilt, daß sie dazu gezwungen worden seien, nachdem das wiederholte Verlangen der Schlächtermeister auf bessere und gerechtere Verteilung des Fleisches nicht erfüllt worden sei. Insbesondere wenden sie sich gegen zwei Mitglieder des Fleischverteilungsausschusses, von denen der eine selbst Schlächtermeister ist, und vor allem dagegen, daß diese beiden Mitglieder sich „nicht gescheut haben, deutsches gestempeltes Fleisch als „Auslandsware zum „Hollandpreis“ abzugeben. Die Schlächtermeister verlangen die Entfernung dieser beiden Mitglieder der Kommission.

Vom Gemeindevorstand wird mitgeteilt, daß die Gemeinde bei der Verteilung von Auslandsfleisch sich in einer Kotlage befunden und zur Ergänzung der unzureichenden Beseitigung einen Posten Inlandsfleisch hinzunehmen mußte. Hierdurch seien weder die Schlächtermeister noch die Bevölkerung benachteiligt worden, da diese ja den Auslandspreis im Falle ausreichender Beseitigung unter allen Umständen hätten zahlen müssen. Ein Teil des Fleisches aber zu niedrigerem Preise zu verkaufen, sei aus praktischen Gründen nicht möglich gewesen. Vom Lebensmittelamt sind Verhandlungen zur Regelung der Angelegenheit eingeleitet worden.

Wir meinen, eine Behörde darf nicht das billigere Inlandsfleisch zu dem höheren Auslandspreis verkaufen; ein Privatier

Mottele.

Von Salomon Dembiger.

(Einzig berechnigte Uebersetzung von Stefania Goldbering.)

Mottele war Besitzer eines kleinen Kolonialwarenladens, der an der Ecke einer auf den Markt mündenden Straße die beste Lage im Städtchen hatte. Wenn keine Kunden in den Laden kamen, und er nichts zu tun hatte, nahm er sich eine kleine Kiste vor die Schwelle, setzte sich nieder und ließ seine Blide auf dem Markt herumwandern. An Sommertagen, gegen Abend, gab es am wenigsten zu tun. Er pflegte dann stundenlang auf seiner Kiste zu sitzen und sah zu, wie die Jugend sich herumholgte. Kleine Kinder hatten sich bei den Händen gefaßt und drehten sich singend im Kreise:

Gott, Gott, gib a Regen für die lieben Kinder's wegen.

Ältere Knaben spielten Soldaten oder Räuber und rannten umher. Ihre Stimmen gellten über den Markt. Die Erwaachsenen gingen mit Stöcken in der Hand umher, blieben vor den Läden stehen, machten ein paar Redensorten und setzten ihren Weg fort, bis es schließlich Zeit wurde, ins Bethaus zu gehen.

Die letzten Strahlen, die die Sonne herabbandte, fielen gerade auf Motteles Geschäft. Das wiederholte sich jeden Tag. Er blinzelte dann ein Auge zuzuflehen, in die Sonne zu starren und zu warten, bis sie unterging. Und er wurde nicht müde, die schillernden Farben zu betrachten und zu beobachten, wie der rote Streifen immer größer wurde, als ob der Himmel von innen entbrannt wäre. Aber die Sonne blendete die Augen nicht mehr so stark, und als Mottele für einen Augenblick wegkante, war sie entschwinden.

Mottele liebte es, den Sonnenuntergang zu beobachten. Obgleich er nur ein schwächlicher, manns-haltiger Mann war, mit häßlichem Vollbart, nichts besaß als den kleinen Laden, und seit Jahren denselben Kasten trug, hatte er doch ein paar tief-liegende, schwärmerische Augen, die das Schöne liebten und oft vertäuscht vor sich hinstarrten. Mottele war ein stiller Jude. „Er spricht so leise, wie ein Geistes“, pflegten die Kunden von ihm zu sagen. Wenn sich im Städtchen eine Gelegenbeit bot, ein Amt zu bekommen oder etwas Besonderes zu leisten, trat er niemals mit irgendeinem Wunsch hervor. Wenn ihm ein Unrecht widerfuhr, indem er zu hoch besteuert oder grundlos von

einem Magistratsbeamten beleidigt wurde, so wehrte er sich niemals. Ja, selbst als ihm ein Kunde einmal zwei Kronen gab und behauptete, es wären fünf gewesen, gab er leise seufzend auf fünf Kronen heraus, obgleich er genau wußte, daß es nur zwei waren.

Mottele hatte eine junge, aber gar nicht hübsche Frau, mit der sein Vater ihn verheiratet hatte, weil sie aus guter Familie stammte. Wenn sie zuweilen mit ihrem einzigen siebenjährigen Töchterchen in den Laden kam, und er sah, wie die Frau dem Kind einen Klaps auf die Hand gab, weil es zu viel genascht hatte oder ungehorjam war, dann bot er seine Frau stammelnd: „Nicht schlagen! Oh, nicht!“

Einmal traf es sich, daß seine Frau sich mit dem Kind gerade im Laden befand, als ihn ein Reisender aus der Großstadt besuchte. Als Motteles Frau den stattlichen, feingekleideten Mann mit goldener Kette und einem Zwicker auf der Nase erblickte, der Mottele verschiedene Musterrädchen von Reis, Mehl und Farbe vorlegte, suchte sie zusammen. Um ihm ihre Ehreracht zu bezeugen, befahl sie dem Töchterchen, einen Stuhl für den Herrn zu bringen, und da die Kleine nicht gehorchte, fiel sie über sie her und schlug sie. Als Mottele das sah, wurde er abwechselnd blaß und rot, stürzte zu seiner Frau hin und rief halblaut: „Nicht! Nicht! Nicht!“ Dann weinte er mit seinem Töchterchen. Der Reisende verließ den Laden. Nun geriet die Frau in Wut und schrie: „Ich werde Menschen herbeirufen, daß sie sich das ansehen! Hat man jemals erlebt, daß ein erwachsener Mann sich nicht schämt zu weinen! Du Schlafmütze. . . Du kannst ja keine Fliege anrühren!“

In der Tat, Mottele konnte keiner Fliege etwas zuleide tun. D, aber man soll deshalb nicht etwa glauben, daß Mottele nicht wußte, was recht oder unrecht ist. Man soll nicht etwa glauben, daß Mottele die Schlechtigkeit und Häßlichkeit dieser Welt nicht sah. . . Er sah sie wohl, doch wollte er nicht an das Schlechte und Häßliche glauben. Er dachte bei sich: „Jugend etwas ist in der Welt nicht so, wie es sein müßte. . . Dann aber sagte er sich wieder: Doch nein, wie darf ein Mensch überhaupt so etwas denken. . . Der Herrgott weiß doch besser, was gut oder schlecht ist. . . Der muß es doch besser wissen, als er, Mottele, ein kleiner, stiller Jude in dem galizischen Städtchen. Doch diesen Juden besaßen zuweilen, wenn er auf seinem Kasten vor der Schwelle saß, so manche Gedanken, deren er sich nicht erwehren konnte:

„Warum ist plötzlich Hirsch Westlein, der stattliche Jude mit dem langen, grau melierten Bart und dem bösen Herzen, der

nicht einmal seinen Namen schreiben konnte und früher vor jedem Korbensack machte, plötzlich so reich geworden, seitdem er Ankudororierher war und die Stadtkasse bei sich aufbewahrte, so reich, daß er sich ein Haus kaufen konnte. . . Deshalb? Warum hat ihm der taube, schwarze Meißel, der in der Rebengasse ebenso wie er einen Kolonialwarenladen hatte, vorige Woche einen Polizisten zugeschickt, der eine Hausdurchsuchung bei ihm unternahm? . . . Deshalb? Tausende Gedanken ähnlicher Art kwirrten durch seinen Kopf, aber er sagte sich: Nein, nein. . . Die Menschen sind trotz allem nicht so. . . Man darf von den anderen nicht schlecht denken. Sie können nichts dafür. . . Und dann — dachte er — soll man überhaupt in dieser Welt keine Fragen stellen. . . Wahrscheinlich ist alles gut so, wie es ist! . . . Gewöhnlich wurden seine Gedanken durch das Erscheinen eines Kunden unterbrochen. Er erhob sich mit einem schweren, stillen Seufzer von seiner Kiste und ging in den Laden, um eine Flasche Petroleum und ein Stückchen Seife zu verkaufen.

Mottele war ein Sozialist, ohne zu wissen, was das zu bedeuten hatte. Er wußte nichts von der Existenz solcher Menschen und hatte sicher auch nie etwas von Karl Marx und Ferdinand Lassalle gehört. Und er wußte nichts von mehr Lohn und weniger Arbeit und ökonomischem. Das war ihm auch höchst gleichgültig. Er hätte niemals an einem Streit teilgenommen oder Widerstand geleistet, selbst wenn man ihm sein ganzes Geschäft fortgenommen und ihn obendrein schuldlos eingesperrt hätte. Nur dachte er bei sich, wenn er an Sommerabenden auf der Kiste vor seinem Geschäft saß: „Wie gut wäre es, wenn alle Menschen Brüder wären. . . Es sollte nicht Reiche und Arme geben, keiner sollte den andern anzeigen, und Polizei sollte man überhaupt nicht kennen. . . Die Welt sollte ein Garten sein, aus dem die Menschen sich die schönsten Früchte, die sie brauchen, holen würden. Girsch Westlein sollte nicht Vorsteher sein. . . Den Mann mit dem klügsten Kopf und dem besten Herzen sollte man zum Vorsteher wählen und ihm die Stadtkasse übergeben. . . Und alljährlich sollte ein anderer gewählt werden.“

Offt kam ein Einwohner vorüber. Wenn er Mottele so verträumt zum Himmel blicken sah, sagte er, um ihn in ein Gespräch zu ziehen: „Gott du schon gehört, Mottele? Schimele Rosenblüt ist Stadtordnungsleiter geworden. . . Moschkele Stampf hat Bankrott gemacht. . .“ Aber Mottele ließ sich niemals in ein längeres Gespräch ein, er antwortete stets mit einem ein-silbigen „ja“ oder „nein“, so daß der andere schließlich weiterging und dachte: Der ist nicht ganz richtig im Kopf! . . .

(Fortf. folgt.)

herrschenden Flegelmangels die Zulassung von Holz- und Wollwäulern sowie Wohnläufern. Schließlich enthält die neue Bauordnung noch eine Reihe von Bestimmungen, die einer Veranschaulichung des Straßenbildes entgegenarbeiten. So soll das Krühen der Bauten in Bezug auf Form und Farbe sowie nach Art der verwendeten Baustoffe so gestaltet sein, daß die Einheitlichkeit des Straßenbildes gewährleistet ist.

Lebensnotwendigkeit für die Traberzucht.

Man schreibt uns: In der Traberzucht und dem Traberport herrschen noch heute die alten aristokratisch-selbstherrlichen Verhältnisse wie zur Zeit des alten Systems. Wenn auch die Kleinrentierlichkeit des Union-Klubs für alle Zeit gebrochen sein dürfte, so sind die Einflüsse der kapitalistischen Rennvereine noch in gleicher Stärke vorhanden und lähmen und hindern die Entwicklung der Traberzucht und ihrer Nebeneinrichtungen. Nach den gewaltigen Verlusten, welche der Krieg unserem Pferdematerial gebracht hat, ist es Aufgabe der maßgebenden Regierungsglieder, alle Schranken und Fesseln zu lösen, welche der Zucht die Entwicklungsmöglichkeit nehmen. Denn wir können auf eine Einfuhr von Pferden nicht rechnen, da auch die bisher Pferde exportierenden Länder einen großen Mangel an solchen haben. Im Gegenteil, wir müssen bestrebt sein, die Zucht eines guten Gebrauchspferdes derartig zu steigern, daß wir außer für den eigenen Bedarf auch noch genügend Material haben für eine Ausfuhr, um im Gegenzug für einzufließende Waren zu schaffen. Es muß das aber ein Material sein, das allen berechtigten Ansprüchen gerecht wird. Die Vollblutzucht kann dabei nicht in Frage kommen. Ihre Material ist weder für die Landwirtschaft noch für Stadtfahrzwecke zu verwenden. Es kann neben einigen Spezialzuchtungen nur die Traberzucht in Frage kommen. Die guten Eigenschaften der Traberpferde werden längst von allen unparteiisch urteilenden Pferdebältern rückhaltlos anerkannt. Die exklusive Jährtiererei um den Union-Klub wachte mit Argusaugen darüber, daß dem „Vollblut“ nichts von seinen Vorrechten gemindert werde, daß kein gefährlicher Wettbewerber, der Traber, nicht aufkomme. Von der Regierung aber darf in Rücksicht auf die große Bedeutung der Traberzucht für die Bekämpfung der praktischen Bedürfnisse erwartet werden, daß sie dieser Zuchtart ihre ganz besondere Fürsorge zuwendet.

Die unbefestigten Stadtecke, die letzten Berlin wählt, sind beständig — die Wilmerdorfer nicht! Man will angeblich erst die Wahl unbefestigter Stadtecke gefehlt haben. Aber seit wann ist schon das „Schweben in Erwägungen, das jedem Gesehenswürdigem ansteht, mit rückwärtiger Kraft ausgestaltet? Jedenfalls imponant ist diese Doppelseitigkeit innerhalb Groß-Berlins nicht.

Wie lange werden Schulen den Kindern noch vorenthalten? Während des Krieges war es notwendig geworden, verschiedene Schulen wegen Kohlenmangel aufzusammeln oder weil die Gebäude zur Unterbringung des Militärs benötigt wurden. Für die Schulen in der Gegend und Winterfeldstraße besteht diese Zusammenlegung noch, trotzdem die Gründe dazu schon längst weggefallen sind. Die Kinder leiden unter diesen Umständen sehr; denn durch die üble Lehrstundenteilung ist die freie Zeit in den Sommermonaten arg beschränkt. Es wäre dringend erwünscht, daß hier bald Besserung geschaffen würde.

Der Untergrundbau ohne Genehmigung. Die Pläne für den Bau der Nord-Südbahn am Bahnhof Hallesches Tor haben während des Krieges eine völlige Umwandlung erfahren. Diese Änderungen sind den Aufsichtsbehörden rechtzeitig bekannt gegeben worden und doch ist ihre Genehmigung durch die Aufsichtsbehörden bis jetzt noch nicht erfolgt. Die Notstandsarbeiten an dieser Untergrundbahn sind nun soweit fortgeschritten, daß die Arbeiten in der mittleren Friedrichstraße und in ihrem südlichen Teil in Angriff genommen werden sollen. Aber besonders im südlichen Teile der Friedrichstraße werden jetzt die Arbeiten durch die Verzögerung der Genehmigung stark beeinträchtigt.

Postdiebstahl auf der Eisenbahn. Durch das geschickte Vorgehen eines Beamten der Eisenbahn-Überwachungsabteilung sind 14 Frauen aus Nauenberg der Postdiebstahls überführt worden. Durch Hausdurchsuchungen wurden insgesamt 200 Kilogramm der Eisenbahn entwandene Postgegenstände festzustellen. Die Eisenbahnverwaltung hat für die Nachverfolgung der Täter solcher Diebstehereien eine Belohnung bis zu 1000 M. ausgesetzt.

Der Streik im Deutschen Opernhaus ist beigestellt, Donnerstag wird „Der Wälsch“ gegeben.

Das Begräbnis der M. S. B. Wegen diesen von uns gebrachten wehrmäßigen Nachruf eines ihrer Angehörigen wendet sich das Gouvernement Groß-Berlin mit viel Beirretungen und noch mehr Tadel, der von der freien Idee auszugehen scheint, der „Vorwärts“ dürfte an all diesen Dingen nicht Kritik üben. Das ist ein Verstoß. Wenn das Gouvernement weiter an uns appelliert, die schwere Arbeit der „Wachposten“ der Kommandantur“ gegen das Verbrechertum zu unterstützen, so ist das überflüssig. Wir sind überzeugt, daß unsere Leser nicht den Kampf gegen das Verbrechertum erschweren.

Für die Kassewagen, die bei Streiks die Konjunktur ausmachen, wird ab 20. Juni die Erlaubnispflicht eingeführt. Eine Taxe ist nicht vorzusehen, nur ein Höchstpreis festgesetzt. Als Höchstpreis dürfen für jede, wenn auch nur angesehene Viertelstunde, von jedem Fahrgast höchstens 75 Pf. erhoben werden. Zum Zeichen, daß der bereisende Wagen qualitätslos ist, muß er zu beiden Seiten und auf der Rückwand die Bezeichnung „Kassewagen“ mit der darunter gestellten Polizeinummer tragen, ebenso den Vermerk, für wie viele Personen der Wagen Raum bietet. Die Fahrer und die eventuellen Wagenbegleiter bedürfen einer polizeilichen Fahrerlaubnis bzw. eines Schaffnerausweises, Fahrtroute, Fahrpreis, Höchstpreis müssen auf einer Tafel angegeben werden. Auch über die Gepäckerbeförderung und über die Mitnahme von Kunden bestehen besondere Bestimmungen.

Kraubüberfall im Laden. Ueberfallen und beraubt wurde am Dienstag die Rigarenhändlerin Frieda Kohnowal aus der Reindendorfer Str. 114. Um 5 1/2 Uhr erschien ein Mann, der öfter bei ihr gekauft hatte. Er fiel plötzlich über sie her, warf sie zu Boden, drückte ihr mit Erschrecken und raubte 4000 Zigaretten. Der Räuber entkam.

Ein falscher Kriminalbeamter. Bei einem Mann in der Amsterdamer Straße 30 erschien ein Individuum und ein Feldbauer im Mantel mit umgehängter Pistole. Der Individuum gab sich für einen Kriminalbeamten aus und erklärte, daß er mit einer Durchsuchung der Wohnung beauftragt sei, weil der Mann im Verdacht stehe, falsches Geld ausgegeben zu haben. Das Ergebnis war, daß die beiden 1900 M. bares Geld „bestätigend“ und mit der Beute verschwand. Der falsche Kriminalbeamte ist 36—38 Jahre alt, mittelgroß und dunkelblond, der Feldbauer 27—28 Jahre alt, ebenfalls mittelgroß und schwarz.

Mord aus Rache. — Der Täter verhaftet.

Am 11. Mai fand man an der Römische in Potsdam die Leiche einer unbekannt Frau mit einer Schusswunde. Die Leiche wurde unbekannt auf dem Friedhof Schillhorn beerdigt. Vor einiger Zeit wurde die Berliner Kriminalpolizei auf ein Mädchen aufmerksam, das häufig die Kennbahn besuchte. Es ging das Gerücht, dieses Mädchen habe darüber gelaugt, daß es sich in der Gewalt eines Mannes befinde, der ein großer Verbrecher sei und ein Mörder sei. Kriminalkommissar Teilmann stellte sich zunächst das Mädchen in der Kennbahn vor. Er erfuhr, daß sie eine 21 Jahre alte Ehefrau Maria Nikolau war, die in der Markstraße mit einem Arbeiter Ernst Gieseler zusammen wohnte. G. lernte 1918 Frau Nikolau kennen. Ein Jahr später kam er als Kasse auf Urlaub und er-

neuerte die Bekanntschaft. Im November d. J. trat er wieder mit ihr in Verbindung, obwohl er sich unterdessen verheiratet hatte. In Schillhorn lernte G. eine Köchin Else Schorn kennen. Auch mit ihr ging er eine Liebschaft ein. Das machte nun Frau Nikolau so eifersüchtig, daß sie Gieseler Frau aufschaltete, zu versuchen, ihren Mann und die Schorn auseinander zu bringen. Frau Gieseler machte ihrem Mann dann auch einige Ausfälle auf der Arbeitsstelle. Das veranlaßte ihn, seine Stellung aufzugeben, nachdem auch die Schorn am 1. März aus dem Dienst geschieden war. Beide lebten nun eine zeitlang zusammen. Um nicht ganz herunterzukommen, wurde er Soldat. Nachdem die Schorn nach Schillhorn abgereist war, zog er mit Frau Nikolau nach der Markstraße zusammen. Eines Tages aber kehrte die Schorn nach Berlin zurück. Um sich ihrer zu entledigen, fuhr er mit ihr nach der Römische hinaus und erschoss sie dort. Nach am frühen Abend erzählte er Frau Nikolau den Vorgang in der gemeinsamen Wohnung. Die Geliebte, die nun hoffte, ihn ganz offen für sich zu haben, wollte sich von der Wahrheit überzeugen, fuhr am nächsten Tage nach der Römische und fand dort in der Tat die Leiche liegen. Jetzt war sie beruhigt. Auch an seine Ehefrau schrieb Gieseler, daß er die Schorn umgebracht habe. Seine große Freude um ihr habe sich in Rache verwandelt. Zuletzt aber wollte Gieseler sich auch von Frau Nikolau trennen, um zu seiner Ehefrau zurückzukehren. So kam es zu dem Bruch zwischen beiden und zu den Klagen der Geliebten über den Mann, in dessen Gewalt sie sich befinde. Gieseler wurde wegen Mordes, Frau Nikolau wegen Anstiftung zum Mord dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Salzsäure-Anschlag auf einen Polizeihauptmann.

Der Polizeihauptmann Hugo Schulz beim Kriegerwachenamt stand seit 11 Jahren in Verdächtigungen zu einer 43-jährigen alten Emma Hofmann aus der Schillerpromenade, Rentkass. Diese möchte geglaubt haben, daß das Verhältnis zur Ehe führen werde. Als sie sich entäußert und ihre Liebe verflucht hat, machte sie Schulz wiederholt Ausfälle auf offener Straße. Mittwochs vermittelte wollte Schulz in den Dienst gehen. Da laurierte ihm Frau Hofmann an der Ecke der Fontane- und Wollmeyer Straße auf und beschloß ihn mit Salzsäure, die sie in einem Topf mitgebracht hatte. Der Hauptmann wurde am Gesicht und am Oberkörper nicht unerheblich verletzt. Auch die Augen wurden in Mitleidenschaft gezogen. Um sich der Angreiferin zu erwehren, schlug er mit einem Stock auf sie ein und verwundete sie so schwer, daß sie noch dem städtischen Krankenhaus gebracht werden mußte. Während des Kampfes, der eine große Menschenmenge anlockte, hatte die Angreiferin auch noch einen Revolverausbruch auf den Hauptmann abgefeuert, ohne ihn zu treffen. Sie wird wegen Verletzung Nordes im Krankenhaus als Polizeigefangene gehalten.

Der Hausmörder Reschber, dem die Zigarettenhändlerin Weis in der Wilmerdorfer zum Opfer gefallen war, ist vom außerordentlichen Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden.

Eine falsche Nachricht. Wir werden ersucht, die (nicht von uns gebrachte) Meldung, der verhaftete Kommunist Eiselein sei spanischer Staatsbürger und habe seinen Paß dem kommunistischen Leuten zur Verfügung gestellt, als falsch zu erklären.

Geld- und Anträge über Entlassungsbefreiung sind nur an die Bezirkskommandos für Groß-Berlin an die Prüfungsstelle im Bundesanwaltschaftsamt zu richten. Das Kriegsministerium kann die bei ihm eingehenden, vielfach auch an den Reichswehrminister und andere Regierungsstellen gerichteten und von vielen an das Kriegsministerium abgegebenen Schreiben nicht mehr beantworten. Nach Entlassung sind die Bezirkskommandos die allein zuständigen Stellen zur Regelung der berechtigten Ansprüche der ehemaligen Heeresangehörigen.

Berliner Arbeiter-Sekretariat.

Sprechstunde des Arbeiter-Sekretariats vom 23. Juni ab wochentags (außer Sonnabends) nachmittags 1—3 1/2 Uhr, vormittags keine Sprechstunde. Sonnabends vormittags 11—12 Uhr. Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Vertrauensleute der Hilfsangehörigen des Magistrats Berlin. Morgen Freitag, 11 Uhr, Versammlung im Rangorenthaus, Pfandstraße. Bericht des Bezirks-Ausschusses. Sitzungnahme zur Finanzierung der Arbeitervereine.

Kabarettabend Treptow. Sonntag vom erstenmal seit vielen Jahren wieder ein festliches Hitzegerinnen.

Der Kongress der Sozialisten veranlaßt diesen Sonntag, 4 Uhr, eine Sonnwendfeier im Ruggellöhchen bei Friedrichshagen. Kinematographische Aufnahme der Festlichkeiten, imposante Feuerwerke, Musik, Gesang sowie sonstige Unterhaltungsgelegenheiten. Eintrittskarten bei allen Vertriebsstellen.

Reichshallen-Garten. Am 1. Juli wird das „Dankhof-Beck“ eröffnet. Es sollen Preise einwillige Spezialitäten, Gerichte-Kümmern und Kabarett-Künstler; bei ungünstigem Wetter im Reichshallen-Saal. Im Reichshallen-Theater die altbekannten Sächsischen Sänger.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Werbefeldbestimmung wird geregelt. Um festzustellen, welchen Werbefeldbestimmung ermalig zur Ausgabe in Berlin erforderlich sind, haben alle diejenigen Haushaltungsvorstände und Einzelpersonen, die Werbefeldbestimmung bestehen wollen, bis zum 21. bei ihrer Bezirkskommission anzukommen, wieweil Verlangen am Werbefeldbestimmung teilnehmen wollen.

Berlin. Die heute 2. W. Kasse (V). Wer nicht in Kundenliste eingetragen, erklärt das Geschäft bei der Brotkommission. In der Brotkommission 1—95, 108—104, 129—130, 133—141, 172, 174, 176—177, 179—181, 192—195, 197, 200—201, 206, 210, 212, 214, 222—223, 225, 227—230, 232, 235, 237, 238—243, 245 1/2, Rio Deringe (Dd. Eintragung U).

Grüß. 1/2, Dd. Karmelade (33).

Sonntag. Freitag vermittelte (Alle Schulz, Zimmer 1) billige Stoffe zu Frauenmänteln, Hütern und Beppen an Kinderbekleidung.

Reinhold. Heute marktwertige frische Seefische und Meereswaren.

Reindendorfer. 1/2, Dd. Gränge (U) Umstellung heute. Für diejenigen Jugendlichen, welche vor kurzem mit Zeit nicht befreit werden konnten, ist ein kleiner Vorrat in der Verkaufsstelle Graf Döberle Straße, bereitgestellt. Soweit bündliche Platzmengen vorhanden, solche an einleitende Personen, je 1 Kasse (Kassensorte). Schwanger und Kranke 1 1/2 Kasse Kinder gegen im Zimmer 24 auszuführende Bezugsgeldern Aufsehung in Döberle.

Friedman. Für ein Ei 1 M. 60 Pf. forderte ein Händler auf dem Markt. Wie es scheint, hatte er dafür in den früheren Stunden auch Abnehmer gefunden. Einige Mägen waren schon leer. Später wollten wieder einige Damen den hohen Preis bezahlen. Jetzt griffen andere Frauen ein und eine große erregte Menge hielt sie nicht nur davon ab, sondern drohte auch dem Händler, daß sie ihm Eier und Rippen in Stücke schlagen würden, wenn er mit dem Preise nicht heruntergehe. Die Frauen erklärten auch, nach dem Rathaus marschieren zu wollen, um dort Abhilfe zu erzwingen. Polizeibeamte griffen ein, der Händler mußte die tollen Mägen aufzuladen und mit seinen Wern schlammig davonfahren.

Spanien. Zur Verweigerung der Rietezahlung wird in einem Klingblatt aufgeführt, dessen Unterzeichner den Antisozialistischen Parteien erlassen. Keine der beiden Sozialdemokratischen Parteien hat hierzu Stellung genommen. Die Unterzeichner haben zudem ihre Parteizugehörigkeit falsch angegeben. Die Verweigerung der Rietezahlung ist in keinem Falle ein geeigneter Weg, um die Wohnungsfrage einer gedeßlichen Lösung entgegenzuführen. Zur geschicklichen Schlichtung von Mietstreitigkeiten ist das Rietezahlungsausschuss beauftragt; bei Streitigkeiten über Anwartschaft und Benutzung der Wohnung, wende man sich an das Wohnungsausschussamt.

Der Deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege wird seine 12. Jahresversammlung Ende September oder Anfang Oktober in Weimar abhalten und dabei folgende Gegenstände behandeln: 1. Stellung der Volkshygiene durch Ernährung und Körperpflege. 2. Die Frage der Sozialhygiene des Soldaten. 3. Wie weit kann das Wohnungswesen vorgeführt werden? Genauer Zeit der Tagung und Namen der Berichterstatter werden demnächst bekannt gegeben. Zur Aus-

gestaltung der sozialhygienischen Tätigkeit ist ein Hausausfluß des Vereins gebildet. Geschäftsführung Dr. med. K. Fischer, Karlsruhe, Döberle 31.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Bericht vom Parteitag.

Mitgliederberaternamung morgen Freitag 7 Uhr für Moabit, Friedrich-Werthers Gymnasium, Buchener Str. 3; für Wedding, Schulstraße Döberle Str. 47/49, am Juppelplatz; für Weissbrennen, Rosenkranz Vorstadt, Dorffeldstr. 6; für Schönehauser Vorstadt, Realgymnasium, Gieselerstr. 49; für Landberger Vorstadt, Adolphstr. 11, am Frankfurter Str. 117; für Zentrum und Nordhafen, Substr. 1, Neue Köpenick 25; für Siedeln, Südwesten und Westen, Habels Brauerei-Kaufhaus, Bergmannstr. 57; Osten, 15. bis 18. Abteilung, In den Kommodoren, Remeler Str. 67. Friedrichsstraße, heute 8 Uhr bei Oberland, Wilmersstr. 23.

15. Abt. Heute, Donnerstag, 7 Uhr, bei Fehner, Becherstr. 24, Juppelplatz, Vortrag über „Die Einheitsfrage“. Red.: Lehrer Krieger.

13. Abt. Heute, Donnerstag, Flugblattverbreitung. Morgen, Freitag, Parteiverammlung, Dorffeldstr. 6, Döberle 67. Bericht vom Parteitag. Die Genossen, welche die Kontrolle ausüben, müssen um 6 1/2 Uhr anwesend sein.

Jugendsozialistische Vereinigung. Heute abend 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 3: „Die Entstehung des Kapitals“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie. Crisogruppe Carlshorst. Donnerstag, 8 Uhr, bei Langmann, Ade Brigg-Deinich- und Südenheimer Str., Mitgliederberaternamung. Wille willkommen.

Reichsbund der Kriegsverwundeten und Hinterbliebenen, 2. Bezirk (Osten). Freitag, 7 Uhr abends, Versammlung im Lokal von Max Henrich, Langestr. 7/9. Juppelplatz und Mitgliederberaternamung. — Freie Vereinigung für Recht und Sozialismus. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, Döberle, Zimmer 20: Aussprache über „Trennung von Staat und Kirche“ (Referent: Genosse Regierungsdirektor von Hornow). — Antisozialistischer Verein: Dr. Wilms Goldschmidt („Rechtung der Presse“), Dr. Rudolf Auger („Revolution und Schule“), Heinrich Nienkämper („Wissenschaft“) Bruno Lant („Problem der Rente“). Sonnabend Dr. Kurt Hiller über „Die Antikommunisten des schillernden Lebens am Aufbau der neuen Gesellschaft“. Karten an der Abendkasse des Schaubertsaales. — Technische Vorträge über die neuen Goldmünzsysteme mit Ausfuhr 7—9 Uhr im Ingenieurhaus, Sonnabend, 4. am 26. und 30. Juni, 3. 8. 10. 11. und 14. Juli. Teilnehmerkarten 8 M. bei Pötmmer oder der Geschäftsstelle.

Aus aller Welt.

Bei einer Mutigen Verbrecherjagd fanden im Oberbruch vier Personen den Tod. Dem Besitzer Gröberz in Werbig a. d. Ostbahn waren nach 2000 M. gestohlen worden. Zur Verfolgung der Räuber wurde in Sachsendorf die Bürgerwehr alarmiert. Der vor- und radselnde Gendarmereivachtmeister erhielt von städtischen Einbrechern mehrere tödliche Schüsse. Die Einbrecher vertriehen sich in der Nähe des Bahndammes der Oberbruchbahn in dem mannshohen Roggen und feuerten auf die Bürgerwehr. Inzwischen war auch Militär mit einem Maschinengewehr und Gendarmereie hinzugekommen und das große Roggenfeld wurde völlig eingeebnet. Es kam nun zu einem regelrechten Feuergefecht, bei dem drei Einbrecher erschossen wurden. Der jüngste, ein noch nicht 15-jähriger Burke, gab an, daß alle fünf aus einem Orte des Kreises Glindeburg O.-Schl. kamen. Bei den erschossenen Verbrechern wurden 3000 M. gefunden.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Kasten muß einen Beschriftung und eine Nummer bei Briefliche Austausch wird nicht erteilt. Einige Anfragen tragen nun in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 2. Hof, 4. Treppen, 4 bis 7, Sonnabends 3 bis 5 Uhr nachmittags vor. Geschäftliche und Verträge sind mitzubringen.

R. D. 86. In beiden Fällen steht Ihnen ein Anspruch leider nicht zu. — M. R. 21. 1. Der 20-jährige Einkommen übersteigende Betrag würde in Ihrem Falle nicht beschlagnahmefähig sein. 2. Können wir nicht sagen, 3. Ja. 4. Es bedürfte eine Reihe von derartigen Urteilen, es wäre aber wünschenswert, die Firma und Ihren Namen mit Zustimmung Ihrerseits im Vertrag geschlossen werden. — G. R. 35. Kassen Sie sofort das Mietverhältnis an. Die Etelierung ist um etwa 7 M. zu hoch. — G. Tempelhof. 1. Nein, wenn Ihre Tochter Ihre Behauptungen beweisen kann. 2. Bitte auf Herausgabe eventuelle Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung beim ordentlichen Gericht. 3. Mit Grund der kurzen Fristen nicht zu beantworten. — K. 30. Vermischen Sie bei dem Rolar oder bei dem Gericht, vor dem die eidesstattliche Versicherung angenommen worden ist, eine Bestätigung derselben und deren Einreichung. — P. 16. 1. und 2. rüchert ausständig. 3. Nur wenn Rente demüßigt würde. — G. 64. 1. Entlassungsstelle II, Wilmersstr. 63. 2. Kassen Sie das Mietverhältnis sofort an. — R. 9. 1319. 1. Ja. 2. Nein. — R. 10. 1. Bitte um Ihren Namen, da sonst unermittelbar. — R. R. 17. 1. Voraussetzungen ja. 2. Beschwerde an das Landgericht. — U. 30. 100. Das wäre möglich. Die Höhe der Abfindungsumme läßt sich nur nach Kenntnis des Alters berechnen. — U. 6. 26. An den für Ihren Fall zuständigen Amtsvorsteher. — Z. 27. Weder haben Sie einen gesetzlichen Erbschaftsanspruch gegen den Bräutigam nicht. — G. S. 20. Entlassungsstelle II, Wilmersstr. 63. — H. 6. 1. Leider ja. 2. Nein, da die Strafe bereits verbüßt ist. 3. Nein. — G. R. 10. Bedenken Sie sich an die Landesberaternamung an und an die Angestelltenversicherung gleichfalls. — U. R. 100. Eine Klage rüchert durchführbar, falls Sie Ihre Behauptungen beweisen können. Das Argument beantragen Sie bei dem Armenvorsteher Ihres Bezirks. — Niederhühnenweide. 1. und 2. Nein. 3. und 4. Ja. — G. 6. 1. 15—20 Proz. gegenüber dem Preisendpreis. 2. Das von uns wiederholt geforderte Geld ist bisher nicht angefallen. Wir stellen anheim, eine gültige Vereinbarung wegen Abgeltung zu versuchen. 3. Wir voten vom Verkauf zurück ab. — M. M. 147. Kassen Sie sofort das Mietverhältnis, Zimmerstr. 60, an. — C. S. 57. Stellen Sie noch jetzt bei der Verlegungsabteilung des Bezirkskommandos, Berlin, Ballowstr. 18. Verlegungsabteilung, event. wenden Sie sich an die Nationalpolizei der Kriegsverwundeten, Döberlestr. 3. — M. 3. 20. 1. Grundsätzlich in beiden Fällen zu hoch. 2. Ja. — M. 3. 16. Nachdem Sie unterzeichnet haben, läßt sich nichts mehr unternehmen. — R. 6. 100. Bedenken Sie sich bei schwererbehindert an das Kriegsministerium. — G. 7. Birkenstr. 1. Ja, auf den von ihr geleisteten Anteil. 2. Das ist möglich, immerhin empfehlen wir die Weltendmachung. — R. 30. 1. Ja. 2. Mit Grund der früheren Bestimmung (Geld vom 25. 6. 68). 3. Einwendungen sind bei dem Kreisamt anzubringen. — C. 1. Ja. — Z. 231. 1. bis 4. Wir halten Sie für verpflichtet, sämtliche von Ihnen genannte Vermögenswerte aufzuführen. — W. S. 5. An die Verlegungstelle, Landesausstellungspart, Invalidenstr. — Erde. Ja, das Gesamtvermögen zur Höhe. — C. S. 1. Entlassungsstelle III, Invalidenstr. 63. — G. 109. Die Abfindung war rechtzeitig, falls der Reichsrat nach Monaten bemerkt ist. — C. M. 10. Vermischen Sie den Vermischer auf die im „Tocant“ vom 11. Juni erhaltene Veröffentlichung der Beschlüsse des Magistrats, bez. vorherige Anweisung des Mietverhältnisses. — G. S. 33. Der Ertragsanspruch wäre zu hoch bemessen. Eine Kündigung, zum Zwecke der Verlegung kann jedoch nur mit vorheriger Zustimmung des Mietverhältnisses erfolgen. Barten Sie also das Weitere ab. — M. 49. 1. Erklärung zu Protokoll des Gerichtsschreibers beim Amtsgericht Berlin-Mitte. 2. Sie, Ihre Frau und Ihr Sohn müssen sämtlich persönlich erscheinen. 3. Das Recht steht Ihnen zu, falls der Ueberer nicht bekannt ist, aber falls er bekannt ist, 30 Jahre nach seinem Tode verstreichen sind. — C. 37. 1. Sie müssen persönliche Schritte einleiten. 2. Armenvorsteher Ihres Bezirks. Nach Erlass des Armenvorsteherlichen Antrags bei dem für die Wohnung Ihrer Frau zuständigen Landgericht auf Bewilligung des Armenrechts und Verordnung eines Rechtsanwalts. 3. Die Schiedsgerichtsfrage erlischt durchführbar. Sie müssen zunächst beim Amtsgericht Berlin-Mitte einen Schiedsrichter beantragen. — Z. 1. 1. Bedenken Sie sich an die Entlassungsstelle VI, Lindenstr. 67, Döberlestr. 23. — R. R. 1919. 1. Nur dann, wenn Sie verheiratet haben, daß mit der angelegenen Abfindung einverstanden zu erklären. 2. Nach der Angelegenheit muß die gerichtliche oder vereinbarte Abfindungsbetrag einhalten. 3. Ja, falls Ihr Vermögen nicht gelehrt ist. 4. Auch dieser Fall ist durchführbar. — M. 3. 8. Ja, an das Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihre Mutter verstorben ist. — G. 7. Wir halten die Forderung für zu hoch, wende Sie sich an die Amtsgerichte.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland 24 Freitag Mittag: Warm, überwiegend heiter und trocken, jedoch vorübergehend häufiger bewölkt und besonders im Osten freigelegte Gewitter und etwas Abkühlung.

Albert Rosenhain's Sicherheits- Rasier-Apparat

la Stahl mit gebogener Klinge
Unübertrefflich! Bestens bewährt!
ff. versilbert
mit 6 zweischneidigen
Klingen in
feinem Kästchen **10.-M.**

Albert Rosenhain's Garantie-Klingen

Zweischneidig aus la Stahl. **EXTRA FEINE** Dutzend **4.50 Mk.**
Garantie A.R. Klinge

Große Ausstellung
von neuen Geschenk- u. Bedarfsartikeln
TAGLICH NEUHEITEN!

Albert Rosenhain
BERLIN SW., Leipziger Straße 73-74
Größtes Spezialgeschäft
für feine Leder- und Luxuswaren.

Kronen, Brücken, Plomben Zähne in 1 Tag

Minderbemittelten Ermäßigung. Dir. Koppe's
Spez.-Inst. f. mod. Zahnersatz
Magdeburger Str. 28. Ecke Lützowstr., Kurt. 1230



Gerichtssachen.

Auf mein Ersuchen wurde laut Verfügung vom 22. April d. J. des Herrn
Bezirksrichter-Stellvertreters aus Heerlen bei der General-Agentur in
Heerlen der Aachen-Leipziger Versicherungs-Aktien-
Gesellschaft aus Aachen die

CONSERVATOIRE BESCHLAGNAHME
aller Büromöbel befohlen bzw. erlassen zwecks Erlangung meiner Brand-
entschädigung aus Dezember 1918.

* Zeddam-Braant, 1. Mai 1919. **HAR. JOS. HERGEVOKT.**

Zigarren aus reinem Tabak



in allen Preislagen von **70 Pf. an.**
Echter Schmalzler Schnupftabak 40 Pf. das Päckchen.
Gustav Haase Nachf. (Inh. K. Schwarz)
Berlin, Neue Königstr. 86 und Neanderstr. 38.

Jeder sichere sich zeitig für ein Eigenheim Baustellen

in der Heiligensee, am Schulzendorf
als beste Anlage für Ersparnisse
mit nur
Mk. 500.-
Anzahlung und vierteljährlicher Abzahlung von
Mk. 100.-
Gemüse- u. Kartoffelbau, eigene Wohnung ver-
billigt d. Wohnen u. schnell Freunde u. Gesundheit!
Auskünfte und Pläne durch
Berliner Bodenverein, Berlin, Friedrichstr. 171. III.
Tel.: Zentr. 1912 u. 1943
an Ort und Stelle durch Hemmann, Jägerweg 1.

**Reklame
Drucksachen
Zuchdruckerei Rund
Palisadenstr. 103**
Anfertigung sämtl.
Drucksachen

**Möbel
günst. Einkauf**
spelse-,
Herren-
u. Schlaf-
Zimmer,
Küchen
DORN, Weinmeisterstr. 9
unweit Pfandkammer.

Ungarische Anleihen.

Zum Schutze der Interessen der deutschen Eigentümer ungarischer Staats- und staatlich garantierter Anleihen hat sich die unterzeichnete Schutzvereinigung gebildet; Druckexemplare der Satzung können sowohl von der Vereinigung wie von den unten angeführten Stellen bezogen werden.

Die deutschen Eigentümer ungarischer Staats- und staatlich garantierter Anleihen werden hiermit aufgefordert, ihre Stücke bei den unten genannten Stellen, unter Beifügung eines bei den gleichen Stellen erhältlichen, arithmetisch geordneten Nummernverzeichnisses in doppelter Ausfertigung, wovon eine Ausfertigung abgestempelt zurückgegeben wird, zur Anmeldung zu bringen. Liegen die Stücke in Deutschland, so sind sie mit einem als Formular A bezeichneten Nummernverzeichnis einzureichen, liegen sie im Ausland, so sind sie mittels des Formulars B anzumelden.

Die Einreichung und Rücksendung der Stücke erfolgt auf Kosten und Gefahr des Anmeldenden. Bei Anmeldung der Stücke ist eine vorläufige Gebühr von 2% des Nennbetrages, mindestens 50 Pf. (Art. 7 Abs. 2 der Satzung), ferner eine von den Anmeldestellen in Ansatz gebrachte Gebühr von 5 Pf. für jedes angemeldete Stück, mindestens 50 Pf., zu entrichten.

Anmeldungen nehmen während der üblichen Kassenstunden entgegen:

In Berlin:
Die Reichsbank (jedoch nur für die bei ihr hinterlegten Anleihestücke),
Bank des Berliner Kassenvereins (nur für die Mitglieder des Giro-Effekten-Depots),
Preußische Staatsbank (Seehandlung),
Bank für Handel und Industrie,
Berliner Handels-Gesellschaft,
Herr S. Bleichröder,
Commerz- und Disconto-Bank,
Herren Delbrück Schickler & Co.,
Deutsche Bank,
Direktion der Disconto-Gesellschaft,
Berlin, Behrenstr. 31 II, im Juni 1919.

Dresdner Bank,
Herren Hardy & Co., G. m. b. H.,
Herren Jacquier & Securius,
Herren F. W. Krause & Co., Bankgeschäft,
Herr C. H. Kretzschmar,
Herren Mendelssohn & Co.,
Herr E. J. Meyer,
Mitteldeutsche Creditbank,
Nationalbank für Deutschland,
Herren C. Schlesinger-Trier & Co., Commandit-
gesellschaft auf Aktien,
Herren Gebrüder Veit & Co.,
Herren Wiener, Levy & Co.

Schutzvereinigung der deutschen Eigentümer
von ungarischen Staats- und staatlich garantierten Anleihen.

Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes.

Von Dipl.-Ing. Gottfried Feder. Mk. 2,20 inkl. Teuerungs-Zuschlag.

Die Brechung der Zinsknechtschaft ist unbedingt erforderlich, um erfolgreich sozialisieren zu können, die Brechung ist die einzige Möglichkeit, um einen wahrhaften Völkerbund schließen zu können. Vom gleichen Verfasser erschien: **Der Staatsbankrott, die Rettung.** Mk. 1,35 (inklusive Teuerungs-Zuschlag). In allen Buchhandlungen und vom
188 D
VERLAG JOS. C. HUBER, DIessen VOR MÜNCHEN.

Freie Bahn dem Tüchtigen!

Wenn Sie ein tüchtiger Mensch werden wollen, müssen Sie vor allen Dingen ein gutes Gedächtnis aufweisen können. Ein gutes Gedächtnis führt Ihnen in jeder Lage Ihre Vorteile klar vor Augen, es verleiht Ihnen den Blick fürs Praktische, gibt Ihnen Sicherheit und Selbstvertrauen im Gebrauch Ihres Wissens, erweckt und vergrößert Ihre Intelligenz und Arbeitsfähigkeit, kurz gesagt, es macht Sie zu dem Menschen, dem Erfolg im Leben beschieden ist. Ein gutes Gedächtnis ist nun keineswegs angeboren. Jeder, der nur den Willen hat,

sich ein gutes Gedächtnis anzueignen, kann zu diesem Ziel gelangen, wenn er hierzu unser Wert-Gedächtnis-Ausbildung benutzt. — Das Buch ist aus der Praxis für die Praxis entstanden, es unterscheidet sich dadurch vorteilhaft von anderen Werken dieser Art. Wenn Sie es gründlich durgearbeitet haben, so wissen Sie, wie Sie jede Sache anfangen müssen, um sie zum Erfolge zu führen. — Verlangen Sie heute noch unsere ausführlichen Prospekt G 45. Die Zusendung geschieht vollständig kostenlos und ohne Verbindlichkeit für Sie.



Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung (Professor W. Langenscheidt)
Berlin-Schöneberg
Bahnhofstr. 29/30.

Juwelier Siegel
Brillanten
von höchstem Feuer
Berlin
Friedrichstraße 13
Pedler

Sucht einen
5 PS Elektromotor
ev. geg. Gebotsmittel zu kaufen.
Offerten unter Z. 25 an die
Expediton der Zeitung.

Stahlrohrmatratzen
für jede Bettstelle nach Maß,
an Jedermann. Katalog frei.
Eisenrohrfabrik Suhl i. Th.

Ein Freudentag ist der Waschtage

mit dem patentierten, vollkommen selbsttätig arbeitenden „Liebig's“ Dampf-Wasch-Automaten, der gegen Arbeitszeit, Arbeitslohn, Seife und Feuerung erspart und in jedem Raum für Gas- und Küchenherd benutzbar ist, ohne jede Bedienung, größte Schonung der Wäsche, selbst mit den marktgängigen Bleichmitteln, wovon wir das Bestbewährte auf Wunsch liefern. Die Anschaffung wird evtl. auch durch bequeme Zahlungsweise erleichtert. Preis je nach Größe und dem zuzusetzenden kommenden Teuerungs-Zuschlag von 61 Mark an. Näheres durch Preisliste V. mit Abbildungen gratis. „Liebig's“ Dampf-Wasch-Automaten-Zentrale, Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollernstraße 27a.

Kaufe nur Mittwoch, den 18. bis einschließlich Sonnabend, den 21. Juni, 10-6 Uhr, im Hotel „Nordischer Hof, Invalidenstr. 126, beim Stettin.
Alte Gebisse 6.- Mark, auch gewöhnlichen Platin-Zahn 6.50 bis 1.- Mark, Platin-Silber-Zahn 2.-, 3.- Mark, Platin-Platten-Zahn 4.- bis 6.- Mark. Gebisse in Gold bis 150 Mark. Platin zu höchsten Tagespreisen. Frau E. Willig. 126/9

Norderney
Seit 1870 ein modernes Kurort.
Nördliche Bäder (45000) Hotel-Restaurant.
Zentraler Strand. Reizvolle Kuranstalten.
Sonstige Anlagen auf der verlängerten Strandpromenade täglich
frühe Angestellte liefert die Nordsee-Küchen. Führer
kostenlos durch die Badeverwaltung und den Kurverein.

Teppiche
jeder Art
repariert, stopft, reinigt
J. Rosenthal,
Taubenstraße 10.
Tel.: Stagitz 381.
Ankauf. Verkauf.

Möbel
jeder Art
preiswert
Große Auswahl
Möbel-Lechner
BERLIN
Brunnenstraße 7,
Nähe Rosenthaler Platz.

Elektromotore
Gleichstrom, Drehstrom
kauft, tauscht, verkauft (11112)
J. Schönberger, Elektro-Instal.
Blumenstraße 100. Weg. 172a.

Mandoline, Laute.
Gitarre, Wandermundol.
45.-, 55.-, 65.-, 75.-, 85.-, 95.-, 105.-, 115.-, 125.-, 135.-, 145.-, 155.- (Unterstützt 5-
Monatshonorar, evtl. 10 Tg.
Schnellkurs) Schülerpreise
mit Zubehör 125.-, Konzert-
preise 65.-, Ernst, Cronen-
straße 166 III.

**Ende
zu kaufen**
modernes, hübsches Wohn-
haus, nur im Westen aber
recht zentral gelegen mit
2- bis 3-Zimmerwohnungen,
wichtige Warmwasser-
Anlage, Ob- und
Gemeinschaften sehr er-
wünscht, im Preise von
100 bis 200000 Mk. Gef.
ausführliche Prospekt er-
beten unter M 25 an die
Bauexpedition d. Blattes.

!!! Geld !!!
für jede Werftische. Höchste An-
kaufpreise für Platin, Gold,
Silber, Goldgegenstände,
Teppiche, Bilder usw. Weiß,
Friedrichstr. 41 III, Ed. Seifert

**Im
Weiten o. weifhem
Botort**
Suche ich ein modernes
Wohnhaus mit wenig
Mietern, bis 5 Zimmer-
wohnungen, um eine solche
halb zu besitzen. Haus
mit Warmwasser u. Ofen-
heizung, freie Garten be-
sorgung etc. Preis bis
300000 Mk. Gebote unter
O. 25 an die
Bauexp. d. Bl.

Wildunger Helenenquelle
bei Nierenleiden, Harnsäure, Zucker, Eiweiss
Echtes Wildunger Salz existiert nicht.
Man melde im eigenen Interesse die wertlosen Nachahmungen.
1918: Besuch 11,508 Fürstliche Wildunger Mineralquellen, A.-G., Bad Wildungen — Schriften kostenfrei 1918: Flaschenversand 1,570,822
Niederlagen bei Dr. M. Lehmann, J. F. Neff & Co.

reicht kein Festhalten wird daran, daß wir uns die innere Disziplin und Weisung unseres Vorgesetzten vorzeichnen lassen müssen. Es soll damit der Anfang der allgemeinen Arbeit gemacht werden, aber irgendeine Bindung dafür, auch eine Zeit für die Abfassung der allgemeinen Dienstpflicht in den übrigen Ländern, ist nicht vorgesehen worden.

In Bezug auf die Beurteilung des früheren deutschen Kaisers und die Ausschließung der deutschen politischen und militärischen Führer wird lediglich das Zugeständnis gemacht, daß uns die Liste der Personen, die der gegnerischen Gerichtsbarkeit ausgeliefert werden sollen, innerhalb eines Monats mitgeteilt werden wird.

Ueber das Arbeiterrecht wird nur gesagt, daß kein Anseh vorliege, diese ganze Frage nochmals aufzunehmen.

Einigungsbestrebungen als Deckmantel für Zerreißung der Parteiorganisation.

Ein Aufruf des Parteivorstandes.

Der Parteivorstand sendet uns folgende Erklärung: Die Versuche, das feste Gefüge der Parteiorganisation zu zerschlagen, werden neuerdings unter dem heuchlerischen Vorwand, die Einheitsfront des Proletariats herzustellen, betrieben.

In Hamburg hat am 12. Juni eine Versammlung aller Betriebsräte, Vertrauensleute usw. aller Parteien beschlossen, eine geeinte sozialistische — nicht sozialdemokratische — Partei auf der Grundlage der Parteioorganisation zu gründen. Die Betriebsräte sollen die Parteiführer betriebsweise sammeln und zunächst einheitlich wirken. Eine Sonderkommission soll vorläufig die Geschäfte der neuen geeinten Partei führen.

Es ist ein frivoles Spiel, das hier mit der Partei und den Arbeitern getrieben wird. Die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen wäre geeignet, das Selbstbestimmungsrecht der in der Parteiorganisation zusammengeschlossenen Mitglieder, sowohl einzeln als auch korporativ, völlig aufzuheben. Jeder freie persönliche Entschluß wäre ausgeschaltet. Die Arbeiter in den Betrieben würden unter dem unerträglichen Druck terroristischer Minderheiten gestellt. Der helle Wahnsinn oder noch Schlimmeres spricht aus diesem Beschluß, die Lust an der Zerstörung jahrzehntelanger opferreicher und ausdauernder Arbeit. Unter der Behauptung, aufbauend und einigend wirken zu wollen, gibt man vor, durch die Auflösung der Parteiorganisation in Atome zur Einheit kommen zu können.

Diesem Treiben müssen unsere Parteigenossen den heftigsten Widerstand entgegenbringen. Es ist ein verbrecherischer Unfug, der hier betrieben werden soll. Man kann drei Parteien nicht einigen, indem man eine vierte gründet. Der Parteitag hat der Partei in Bezug auf die Einigung klare Richtlinien gegeben. Wer sein Mitgliedsbuch aus der Hand gibt, wer duldet, daß ein anderer es herausgibt, der versündigt sich auf das Schwerste an der Partei. Die Arbeiter brauchen die Partei in den kommenden schweren Zeiten notwendiger denn je. Darum, Genossen, haltet fest an eurer Organisation!

(Wie wir bei Redaktionsschluss aus Hamburg erfahren, ist der beschlossene Aufruf zur Einigung der Mitgliedsbücher noch nicht definitiv angenommen, sondern erst einer Kommission überwiesen worden. Red. „V.“)

Eine neue agrarische Kampforganisation.

Der Vorstoß des Brandenburgischen Landbundes gegen die „Zwangswirtschaft“ im allgemeinen, gegen die sozialistische Regierung im besonderen und gegen den Reichsernährungsminister Schmidt persönlich ist keine zufällige Einzelerscheinung, sondern nur ein Teilstück aus einer neuen agrarischen Kampforganisation. Nachdem der Bund der Landwirte mit seinen Methoden, die jahrelang das deutsche Volk verarmt haben, abgewirtschaftet hat, gründen dieselben Kreise noch denselben alten Methoden allerorten

Jahren und auch nicht in den noch anderer Rechnung bestimmten Zeiträumen tun können.

Vielleicht wird sie es nie! Aber das dürfen und wollen wir nicht glauben! Sonst würde nie ein Jahr ein noch . . . andern können. Sonst bliebe die Menschheit in der Voraussetz für ewig in der Trümmerstätte ihrer jetzigen Existenz, um so mehr kulturzerstörenden Leidenschaften, und es wäre dann nur eine leere Formensache, wenn man eines Tages, der alten Jahreszahlen müde, mit dem letzten Modenschlage der Silberstunde den Griffel ansetzt, um eine Eins zu schreiben. —

Notizen.

Die Rechte der Bühnenschriftsteller. Der „Deutsche Bühnenverein“, der „Verband Deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten“, sowie die „Vereinigung der Bühnenverleger“ haben nunmehr ein Kartell zur Durchführung eines Normalaufführungsvertrages geschlossen.

Vom 1. Juli 1919 an können nur solche Bühnenwerke (einschließlich der ausländischen), deren Urheber dem Verbande angehören, auf den Vereinstheatern zur Aufführung gelangen und die Vereinstheatern können lediglich Aufführungsrechte von Mitgliedern des Verbandes erwerben. Bühnenverleger, die diese Aufführungsverträge vermitteln, müssen der Vereinigung angehören. Hauptzweck des Kartells sind die Sicherung der Vertragsrechte und Vertragspflichten, die tarifliche Festsetzung der Urheberanteile und der Ertrag der ordentlichen Gerichtsbarkeit durch obligatorische, paritätische Schiedsgerichte.

Auf die bisher an erfolgreiche Autoren gezahlten Garantien hat der Verband im Interesse der wirtschaftlich Schwächeren verzichtet; dagegen hat der Bühnenverein alle größeren Bühnen verpflichtet, durch Veranstaltung von mindestens einer Uraufführung die jungen Talente zu fördern.

Die Nationalgalerie hat von dem Berliner Maler Max Neumann das Gemälde „Nigelsi“ erworben.

Die radikalsten Künstler Darmstadts haben sich zu einer Sezession zusammengeschlossen. Das Programm steht unter anderem das Herantreiben der Kunst an die werktätige Bevölkerung vor, um den politischen, künstlerischen und kulturellen Konflikt endlich zu errichten.

Naturschutz. Das bekannte Buch des Freiburger Gelehrten Konrad Müller, das diesen Titel trägt, erscheint in neuer Auflage (München, Stuttgart). Das Buch sucht in die Vorurteile der Land- und Jagdwirtschaft, des Wasserbaus und des Städtebaus einzudringen, um zu erreichen, wo sich Platz für freie Natur finden könnte. Ein sachgemäßer Naturschutz schließt die Kulturbestrebungen nicht nur nicht, sondern fördert sie und ist unentbehrlich.

„Landbünde“. So berichtet der Ortsgruppenführer des Landbundes eines Hinterpommerschen Dorfes, ein kleiner Handwerker, daß der Pommersche Landbund unter der Maske eines Professorens gegen den Gewaltfrieden gegründet worden ist und grundsätzlich als Parteigruppenführer entweder Kleinhandwerker oder Kleinbauern zu gewinnen sucht. In einer Versammlung der Ortsgruppenführer wurden aber ganz andere Ziele des Landbundes aufgestellt: 1. Preissteigerung der Getreide, die angeblich zu niedrigen Preisen landwirtschaftlicher Erzeugnisse. 2. Wenn dies nicht fruchtet, Verweigerung der Abgabe der landwirtschaftlichen Produkte. 3. Wenn die ausgehungerten Städter sich etwas holen, Abwehr mit bewaffneter Macht.

Mit erklärlichem Staunen naheten die Handwerker und Kleinbauernmitglieder des Pommerschen Landbundes von diesen sonderbaren Bundeszielen Kenntnis. Sie lehnten nicht nur die geforderte weitere Vertiefung der Lebensnot ab, sondern stellten folgende Gegenforderungen auf:

1. Zeitgemäße Entlohnung des Landarbeiters.
2. Aufstellung der schlecht bewirtschafteten Rittergüter.
3. Hergabe von Pachtland zu gartenbaulichem Betrieb.
4. Verbesserung der ländlichen Wohnungsverhältnisse, besonders auf den Rittergütern.

Von den Vorkämpfern des Landbundes war nämlich behauptet worden, daß die Lohnforderungen der ländlichen Arbeiter übertrieben seien. Würden sie bewilligt, so würden die Großgrundbesitzer zögern, entweder den ganzen Betrieb, weil nicht mehr lohnend, aufzugeben, oder aber sich die landwirtschaftlichen Erzeugnisse über die Höchstpreise hinaus bezahlen zu lassen. Dem wird seitens der Landarbeiter erwidert, daß von einer Not der Großgrundbesitzer nichts bekannt, vielmehr das gerade Gegenteil festzustellen sei, auch die ländlichen Sparlosen noch niemals derart mit Millionenvermögen beladen waren, wie seit der Kriegszeit.

Jedenfalls zeigen diese Äußerungen des Pommerschen Landbundes-Ortsgruppenführers, daß wir es in den neu etablierten „Landbünden“ mit nichts anderem zu tun haben, als mit einer Auflage des alten ehrlichen „Bundes der Landwirte“, nur mit der Formänderung, daß zur Verdeckung ihrer großgrundbesitzlichen Ziele Handwerker, Arbeiter, Unterbeamte und Kleinbauern, sowie der Gewaltfrieden Vorschub leisten sollen.

Was soll Gröner in Weimar?

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ läßt sich aus Weimar melden, daß General Gröner, „der Nachfolger Ludendorfs“, von der Reichsregierung dorthin berufen worden sei. Seine Anwesenheit solle bezwecken, die volle Uebereinstimmung der Auffassung der leitenden politischen Stellen mit den militärischen Befehlshabern herbeizuführen.

Sollte sich diese Meldung bewahrheiten, so muß zugegeben werden, daß sie leicht mißverständlich aufgefaßt werden kann. Es interessiert uns, zu erfahren, inwieweit bei der rein diplomatischen Angelegenheit, die jetzt im Vordergrund des Interesses steht, eine Uebereinstimmung politischer Stellen und militärischer Befehlshaber überhaupt in Betracht kommt.

Was ist los?

Von Rügiger Parteigenossen wird uns folgender „amtlicher“ Aufruf, dem Rügiger Amtsblatt entnommen, zur Verfügung gestellt:

Amtliches. Aufruf!

Sämtliche Unteroffiziere und Mannschaften des Wehrdienstes und der Ersatzreserve aller Waffengattungen der Geburtsjahrgänge 1884 bis 1898 haben sich sofort bei der Ortsbehörde ihres Aufenthaltsortes zur Wiederaufnahme in die Stammrolle zu melden.

Die Militärpapiere sind vorzulegen. Beim Fehlen derselben ist persönliche Meldung erforderlich.

Zum Wehrdienst gehören diejenigen, die schon im Frieden aktiv gedient haben und die während des Krieges zum aktiven Dienst einberufenen Wehrmännern, sowie die Landsturmpflichtigen der Geburtsjahrgänge 1896 bis 1906.

Zur Ersatzreserve gehören in diesem Falle diejenigen, die schon im Frieden der Ersatzreserve angehört und auch im Kriege zum Wehrdienst einberufen waren.

Von vordringendem Aufruf werden auch die Unteroffiziere und Mannschaften betroffen, die sich bereits zur Kontrolle beim zuständigen Bezirksbehörden gemeldet haben.

Zur Meldung sind nicht verpflichtet alle diejenigen, die bereits im Frieden den Landsturmchein (weiß), sowie den Ausmusterungschein (gelb) hatten und auch während des Krieges zum Wehrdienst einberufen waren.

Bergen, den 13. Juni 1919.

Der Zivilvorsitzende des Kreises Rügen.

Die Ortsbehörden des Kreises werden ersucht, den vorstehenden Aufruf sofort in ersichtlicher Weise bekannt zu geben, die zur Anmeldung Verpflichteten in handchriftlich herzustellende Stammrollen nach unten abgedrucktem Muster aufzunehmen, hierbei die darunter befindliche Anweisung zu beachten und die Stammrollen sobald als möglich, spätestens aber bis zum 19. d. Mts., hierher einzusenden.

Bergen (Rügen), den 13. Juni 1919.

Der Landrat und Zivilvorsitzende des Aushebungsbezirks Rügen.

Mit Recht fragen unsere Genossen, was sie dieser Aufforderung gegenüber beginnen sollen, da ihres Wissens sich innerhalb der letzten 8 Monate in der Welt und speziell in Deutschland mancherlei ereignet habe, was diesen Aufruf von altem Schrot und Korn verwunderlich erscheinen lasse.

Um Aufklärung wird gebeten.

Angriffe auf Freiwilligentruppen.

Berlin, 18. Juni. Amtlich wird mitgeteilt: In letzter Zeit sind wieder vermehrte Angriffe auf Angehörige der Reichswehr vorgekommen. In der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni wurde ein Zivilist aus Oberschöneweide durch einen Schuß am rechten Oberarm verletzt und in das Krankenhaus Königs-Wusterhausen eingeliefert. — Am 6. Juni erlitt ein Wehrmann auf dem Wege nach Jentzen aus dem Hinterhalt Feuer. Die darauf in Hilfe gerufenen Patrouillen hatten ein regelrechtes Feuergefecht mit dunklen Erscheinungen durchzuführen, wobei ein Mann durch Streifschuß verwundet wurde. Ferner sind in der letzten Zeit wiederholt Fernsprechanlagen in der Gegend Grünau und Jentzen mutwillig zerstört worden, jedoch Anordnung strenger Maßnahmen nötig wurde.

Die Sorgen Wilhelms II.

Man sollte meinen, daß der ehemalige deutsche Kaiser, über den jetzt das Damoklesschwert einer nahen Verurteilung durch einen internationalen Gerichtshof steht, von Aufregungen zermüht und innerlich gebrochen sein müßte. Dem scheint nicht so zu sein. Im Gegenteil, der Schloßherr von Amerongen sammelt offenbar häufig einen Kreis von Gostfrunden um sich und hält ihnen, ganz wie in den Tagen, da er noch vom Glanz des Thrones umgeben war, Vorträge über Nemata in der laienhaften Weise, die ihn immer ausgezeichnet hat. So wird in einem Bericht der Deutschen Orientgesellschaft in der „Wostischen Zeitung“ erzählt, daß der ehemalige Kaiser eine Veröffentlichung des Professors Koldewey über das Zichtar-Tor in Babylon eingehend studiert und jüngst in Amerongen im Kreise seiner Gostfrunde zum Gegenstand eines erläuternden Vortrages gemacht hat. Das holländische Erzählwerk demnach nicht allzu niederdrückend zu sein, und das deutsche Volk, das heute die kümmerliche Krise seines Staatslebens durchlebt, dürfte sich Glück wünscheln, wenn es auch nur von solchen Sorgen geplagt wäre, wie sein ehemaliger Landesherz.

Die Notlage der Rentenempfänger.

Sozialdemokratische Interpellation in der Nationalversammlung.

Weimar, 17. Juni. Die Reichssozialisten haben in der Nationalversammlung folgende Interpellation eingebracht:

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um der streikenden Rot der Zivil- und Militärrentenempfänger schnellstens abzuhelfen?

Die Generalversammlung der S. P. D. zum Parteitag.

Im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses tagte gestern Abend die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Berlin, um den Bericht der Parteitagdelegierten entgegenzunehmen, den Genosse Dittmer erstattete. Der Redner gab in seinem Referat eine ausführliche Uebersicht über den Verlauf der Tagung. Im besonderen meinte er, daß der Parteitag eine erfreuliche Perspektive eröffnet habe, gemessen an dem der Unabhängigen sei er allzugenügend verlaufen. Den Zug nach links können wir nicht völlig unterbinden, aber doch manches tun, um ihn aufzuhalten. Vor allen Dingen sollte die Arbeiterschaft auch gegen den Terrorismus der Kommunisten und Unabhängigen in den Betrieben zur Wehr setzen. Noske sagte in Weimar, wir hätten nicht den notwendigen Mut, um dieser Verheerung entgegenzutreten, aber gerade Noske macht uns das Arbeiten für die Partei oft sehr schwer. Redner bekräftigt dann die Referate von Müller und Weiß sowie den Bericht von Bartels, der in erfreulicher Weise das Wachstum der Organisation zeigt. Besonders zu begrüßen ist die starke Zunahme der weiblichen Mitglieder. Berlin ist allerdings im Verhältnis zur Gesamtheit weit zurück. In der Diskussion haben es die Berliner Delegierten an sachlicher Kritik nicht fehlen lassen. Noske hatte in seiner Rede zwar in einzelnen Punkten Unrecht, aber der Gesamteffekt war ein guter. Die Enthaltungen Noskes über die Modifikationen der Unabhängigen im Eden-Gotel sollten wir gründlich auswägen. (Zustimmung.) Heines Rede wirkte weniger günstig, aber wir müssen ihm zugestehen, daß der Augiasstall der preussischen Verwaltung nicht so einfach und rasch zu säubern ist. Versteins Rede brachte leider die bekannte böse Entgehnung, die er dann mit dem berühmten „Niederverständnis“ aus der Welt zu schaffen suchte. Aber wir müssen anerkennen, daß Versteins Rede namentlich in der Beurteilung der Kontinentalpolitik auch Gutes enthält. Dagegen ist Cohen für uns glatt erledigt. (Sehr richtig!) Wissels Rede auf dem Parteitag bedeutete einen Höhepunkt. Sie war von hohem Idealismus getragen und ging doch den Dingen real nach. In der Arbeiterfrage waren wir mit Einheimern durchaus einverstanden, während Cohen, der wohl von seiner Abhängigkeit tags zuvor noch nicht entfernt war (Heiterkeit) glatt abfiel und nur eine Stimme für seine Kritiker erhielt, die übrigens besser waren, als sein Referat. Besonders begrüßt der Redner, daß durch die Wahl der Berliner Genossen Ritter und Frank im Parteivorstand neues Blut zugefloßen ist. Er schließt mit der Ueberszeugung, daß der Sozialismus marschieren wird in der ganzen Welt.

In der Diskussion bezeichnet Gen. Ringler die Rede Wissels im Gegensatz Dittmers nicht als den Höhepunkt, sondern als den schwärzlichen Punkt des Parteitages (Widerpruch), denn sie habe doch gezeigt, daß die Regierung kein klares Programm in der Sozialisierung habe.

Wuhsel begründet, daß der Parteitag mit den „Lante Voh“-Sozialisten gründlich Abrechnung gehalten hat. Wenn Noske sagt, wir Berliner hätten nicht den nötigen Mut, dem Terrorismus entgegenzutreten, so hat er leider nicht Unrecht. Der Terrorismus in den Fabriken sollte von unserer Seite in viel schärferer Weise erwidert werden. Manche Genossen, die im Januar und März gänzlich verschwunden waren, führen jetzt das große Wort in der Kritik. Die Genossen, die damals die Regierung mit ihren Leibern gedeckt haben, sind durchaus der Ansicht, daß der jetzige Kurs der richtige ist. (Beifall.)

Ebelstein: Es gehört nicht viel dazu, um zu merken, daß viele Parteigenossen mit der allgemeinen Parteipolitik unzufrieden sind. (Widerpruch.) Von 400 Delegierten hat nicht einer die Stimmung der Mitglieder auf dem Parteitag wiedergegeben. Der Parteitag hat nichts Positives geleistet. (Stimmliche Unterbrechungen, der Vorsitzende Genosse Pattloch bittet wiederholt um Ruhe für den Redner.) Die Verachtung der Freiwilligenverbände erkenne auch ich an, aber die Delegiertenentscheidungen dieses Systems sind nicht gebührend zurückgewiesen worden. Der Redner verweist unter sorgfältiger Annahme die Theorien Kallstis und der „Sozialistischen Monatshefte“. Referat der Reichsdeputierten Wahlen Referat gegen Ringler. In der weiteren Diskussion beteiligten sich noch die Genossen Voigt und Dannenberg. In seinem Schlusswort geht der Referent auf die Einwände Ebelsteins ein, die er in längeren Ausführungen unter dem Beifall der Versammlung widerlegt. Folgende Resolution wird vorgeschlagen und angenommen:

Die Delegiertenversammlung des Berliner Vereins der S. P. D. stimmt im allgemeinen den Vorlesungen des Referenten und damit den Beschlüssen des Parteitages in Weimar zu. Insbesondere ist die Zweideutigkeit der unabhängigen Führer bezüglich der Freiwilligen festzustellen, aber auch die Zweideutigkeit einer Politik, wie sie von Cohen und seinen Anhängern, besonders in Berlin propagiert wird. Das Räteystem im Sinne der Vorlesungen Einheimers ist weiter auszubauen und die planmäßige Sozialisierung ernstlich zu betreiben.

Am Schluß der Sitzung wandte sich der Vorsitzende, Genosse Pattloch, energisch gegen die angeblichen Parteiveranlassungen, die eine gewisse Gruppe einbrachten und unter Mißbrauch des Vertrauens der Redaktion im „Vorwärts“ veröffentlicht hat. In der Debatte wurde das Verhalten des Richters dieser Angelegenheit, des Gen. Kriebeling, auch von seinen engsten Genossenschaftsfreunden scharf verurteilt. Gegen zwei Stimmen gelangte eine Entschließung zur Annahme, die Schluß jeder Querscheidung bezieht.

Generalversammlung der Maler.

Burgburg, 17. Juni.

Der ganze zweite Verhandlungstag ist mit der Diskussion über den Geschäftsbericht ausgefüllt. Die parteipolitischen Richtungen prallen hart aufeinander. Der Ausspruch lag in der Hauptsache eine Berliner Entschliessung zugrunde, die von der Opposition in Leipzig, Bremen, Gotha und Gießen unterstützt war und die im wesentlichen Kritik läßt an den Maßnahmen der Generalkommission und der Vorstände der Gewerkschaften. Weiter heißt es in dieser Entschliessung wörtlich: „Diese ganze Politik stellt eine Kette von Verbrechen an den Interessen der Arbeiterbewegung dar, die nicht scharf genug gerügt werden kann. Die Arbeiterklasse hat zu verlangen, daß die Gewerkschaften als eines der Kampfslieder im Freiheitskampf des Proletariats den revolutionären Kampf aus nachdrücklichste unterstützen. Aus diesen Gründen ist es Pflicht der Gewerkschaftsmitglieder, überall dort, wo die Gewerkschaftsführer und Angestellten diesem revolutionären Kampf teilnahmlos oder gar feindsüchtig gegenüberstehen, diesen Kampf in seinen einzelnen Phasen nicht unterstützen, sondern ihm die größten Hindernisse bereiten, mit aller Entschiedenheit entgegen zu treten und sie nötigenfalls ihres Postens zu entheben.“

Währenddessen kamen auch Redner zum Wort, welche die Schuld nicht auf Personen, sondern auf die Verhältnisse zurückführten und dafür eintraten, daß die gewerkschaftlichen Organisationen nicht zum Zummelplatz für politische Streitigkeiten gemacht werden dürfen. Die gewerkschaftliche Einheitsorganisation, die die Macht und die Stärke des Verbandes bedeutet, müsse erhalten bleiben. Die Lohn- und Tarifpolitik wurde von mehreren Sprechern entschieden verurteilt. Die Höhe der Löhne habe, trotzdem der Beruf im Kriegsbuch lag, Schritt gehalten mit denen anderer Gewerkschaften.

Silberschmidt-Berlin, als Vertreter der Generalkommission, verteidigt in ausführlichen Darlegungen die Politik der Generalkommission, deren ganze Maßnahmen von den Gedanken geleitet seien, alles zu tun, um die Interessen der Gewerkschaften und der gesamten Arbeiterschaft zu wahren. Die deutsche Arbeiterschaft habe unter Väterland nicht wegen der Monarchie und des Kapitalismus, sondern weil es in dem Kampfe um die wirtschaftliche Existenz des deutschen Volkes gehe. Das sei heute bei den Friedensbedingungen, die uns die Sieger auferlegen wollen. Der kommende Gewerkschaftskongress werde so das Urteil fällen, ob die Generalkommission die gewerkschaftlichen Interessen der organisierten Arbeiterschaft irgendwie verletzt habe. Das Bestreben aller soll darauf gerichtet sein, nicht auseinanderzutreiben und zu trennen, sondern zusammenzukommen zum Wohle der gesamten Arbeiterschaft.

Gewerkschaftsbewegung

Schwarze Listen.

Mit welcher Dreifigkeit die Herren Arbeitgeber wieder operieren, zeigt folgender Fall. In einem Damenhutbetriebe waren die Arbeiterinnen in den Ausbund getreten, um eine Lohnausbesserung zu erreichen.

Obwohl die ganze Angelegenheit schon am nächsten Tage zugunsten der Arbeiter erledigt war, besetzte sich doch der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, folgendes Schreiben an seine Mitglieder zu versenden:

Arbeitgeberverband der Hutindustrie E. B. Ortsgruppe Berlin.

Sehr geehrter Herr!

Bei der Firma A. S. (Kurt Friedland) Berlin sind heute nachstehend aufgeführte Arbeiter und Arbeiterinnen in den Streik getreten und bitte ich Sie, von diesen niemand in Ihrem Betriebe einzustellen.

Schachtungsvoll

Siegmond Cohn.

Folgt die Liste von 10 Arbeitern und Arbeiterinnen mit Wohnungsangabe.

Jeder weitere Kommentar erscheint hier wohl überflüssig. Die Antwort der in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wird auf dieses provozierende Vorgehen der Arbeitgeber nicht ausbleiben.

Die Fachgruppen Ia und Ib (Kriegsgesellschaften und Oererebetriebe) hielten, wie aus dem Ausschuss der vereinigten Angestelltenverbände Groß-Berlins geschrieben wird, im Plenarsaal des Herrenhauses eine Sitzung ab, um gegen den Einspruch des Zentralausschusses wegen Unterhaltung eines eigenen Bureau mit bezahlten Angestellten und Erhebung eines Organisationsbeitrages (Schreiben vom 8. Mai 1919) Stellung zu nehmen.

Eigenartig mutete lange gewerkschaftlich organisierte Kollegen die erste Sitzung der Versammlung an, der man alles andere

als Objektivität nachsagen konnte. Eine angenehme Abwechslung bot der Vorschlag eines Kollegen, einen anderen Versammlungsleiter zu bestimmen, der dann mit erfreulicher Objektivität bemüht war, die Verhandlungen in ein sachliches Fahrwasser zu leiten.

Leber die mehr als willkürliche Zusammensetzung der Vertreterschaft der Kollegen in den Kriegsgesellschaften Worte verlieren, hieße Gulen nach Ähren tragen.

Eine ganz besondere Schimpfanrede gegen die AFA leistete sich der Kollege Schlegelbäder, aus der man annehmen konnte, daß er in gewerkschaftlicher Beziehung ein absoluter Neuling ist und es ihm leider wie vielen anderen neuen Gewerkschaftsmitgliedern geht, daß sie Erreichbares und Unerreichbares schwer auseinanderhalten können. Die Einleitungsrede gab Herr Lindig und ermahneten wir nach dieser eigentlich eine recht sachliche und fruchtbringende Auseinandersetzung. Wir können unserer Gesamtkollegen in den Kriegsgesellschaften und Oererebetriebe gerade mit Rücksicht auf ihre ganz besondere Ausnahmestellung in unserem Wirtschaftsgebiete empfehlen, sich nicht an der offenen Kampfanfrage des 14er Ausschusses gegen die freien Gewerkschaften zu beteiligen, sondern sich unter allen Umständen der ruhigen und feindschaftslosigen Vertretung durch die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände anzuschließen, denn gerade diese hat in ihrer zwanzig- und mehrjährigen Erfahrung bewiesen, daß man nur so etwas Ersprießliches für die Kollegen erreichen kann.

Datum darf unser Ruf nur lauten: „Organisiert Euch in den Gewerkschaften der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.“

Reaktionäre Arbeitgeber scheinen die Unternehmer des Tiefbaugewerbes für Groß-Berlin zu sein, denn sie wollen selbst heute noch nicht einmal die Gewerkschaften ihrer Angestellten anerkennen. Allerdings haben sie gelernt, sich der gewerkschaftlichen Kraft ihrer Arbeiter zu fügen, den Angestellten gegenüber glauben sie aber noch wie vor, den Herrn im Hause herauslehren zu dürfen. Der Bund der technischen Angestellten und Beamten trat bereits im Februar d. J. im Auftrage der Schachtmeister, die sich ihm angeschlossen haben, an den Reichsverband für das Deutsche Tiefbaugewerbe mit der Bitte heran, Tarifvereinbarungen für Schachtmeister zu treffen. Nach längerer Korrespondenz, die nur sehr unwillig von Seiten der Arbeitgeber geführt wurde, vermisste der Reichsverband den Bund an den Vorsitzenden der Ortsgruppe Berlin, Herrn Regierungsbaumeister Dohme. Dieser Herr erklärte in einem Schreiben an den Bund, ihn nicht als geeigneten Vertreter der Schachtmeister anerkennen zu wollen. Er wandte sich aber an den hiesigen Schachtmeisterverein, dem er mitteilte, daß der Reichsverband bereit sei, mit diesem Verbands in Verhandlungen einzutreten. Das ist begreiflich. Die Herren Arbeitgeber sagen sich, eine derartige Vereinbarung verfügt natürlich nicht über die nötige Anzahl von zu Verhandlungen geeigneten Personen, man kann daher verhältnismäßig leicht mit ihr fertig werden. Da sich aber die Mitglieder des Schachtmeistervereins sämtlich dem Bund der technischen Angestellten und Beamten angeschlossen haben, so beantragen sie neuerdings ihre Organisation, den Bund, die Verhandlungen aufzunehmen. In einer in Wollschlägers Vereinshaus tagenden, stark besuchten Versammlung der Schachtmeister wurde auf das schärfste gegen das Verhalten des Arbeitgeberverbandes protestiert. Die Schachtmeister sind bereits mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für ihre Interessen eingetreten, um die Arbeitgeber zu Verhandlungen zu zwingen. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme.

In der Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgeschäftlichen, über die wir in unserer Nummer vom Dienstag früh berichteten, hat, wie wir jetzt aus einem Versammlungsbericht der „Freiheit“ entnehmen, Schmidt in seinem Geschäftsbericht Klagen in bezug auf den „Vorwärts“ getan, die wir nicht unwillig nachsagen möchten. Der „Freiheit“-Bericht läßt Schmidt sagen:

„Man müsse den „Vorwärts“ zwingen, die Erklärungen wortgetreu zu bringen. Von der Demonstration im Sportpalast habe er kein Wort gebracht, während die bürgerlichen Verbände von ihm gepöppelt werden.“ Hierzu belonen wir folgendes: Die Versammlung im Sportpalast haben wir in Ermangelung eines Berichterstatters an dem Tage nicht wahrnehmen können. Wir erfahren am anderen Tage aus verlässlichen Quellen, daß der Referent Schmidt in jener Versammlung im wesentlichen wiederholt hat, was er bereits einige Tage vorher in einer anderen Versammlung — über die der „Vorwärts“ berichtete, zum Ausdruck brachte. Wenn Schmidt jedoch aus dieser publizistischen Unterlassung sich zu der Behauptung verleiht, daß die bürgerlichen Verbände vom „Vorwärts“ gepöppelt werden, so müssen wir uns mit aller Entschiedenheit dagegen wenden. Den Beweis für diese Behauptung wird uns Schmidt nicht erbringen können. Die Tatsache, daß Schmidt als Mitglied und Vertreter der U. S. V. dem „Vorwärts“ als politisches Blatt ablehnend gegenüber steht, berechtigt ihn keineswegs, seine gewerkschaftliche Vertrauensstellung zu benutzen, um gegen den „Vorwärts“ beweislose Behauptungen und Verdächtigungen zu schleudern. Wenn Schmidt des weiteren betont, man müsse den „Vorwärts“ zwingen, die Erklärungen wortgetreu zu bringen, so wissen wir zunächst nicht, was er damit

meint. Von vornherein möchten wir jedoch betonen, daß der „Vorwärts“ sich von niemand zwingen läßt, etwas aufzunehmen. Der „Vorwärts“ hat sich trotz aller radikalen Maulhelden bisher lediglich als Sprachrohr der modernen Arbeiterorganisationen gefühlt und das wird er auch für die Zukunft sein.

Um die Spandauer Oererebetriebe.

Genosse Doms als Mitglied der Dreier-Kommission bittet um Aufnahme folgender Forderungen: Noch immer gehen über die Staatsbetriebe allerlei falsche Gerüchte durch die Presse, sei es, um die Arbeit der Dreier-Kommission zu diskreditieren, oder sei es, um die augenblicklich bei der Zentralverwaltung der Reichsbetriebe bestehenden Verhältnisse zu verästelern.

Die Spandauer Betriebe sind leider dem Reichsschatzministerium unterstellt. Man spricht so viel von der ungeheuren Vergeudung der Steuererlöse vor Schließung der Betriebe. Sind dem Einsender des Artikels vom 13. Juni nicht die ungeheuren Widerstände gerade des Ministeriums, dem sie heute unterstellt sind, bekannt? Für den enormen Geldaufwand werden die alte Generaldirektion und der frühere unabhängige, spartanische Arbeitererrat verantwortlich gemacht. Ist dem Einsender nicht bekannt, daß derselbe nur aus Mitgliedern der U. S. V. und U. S. B. D. bestand? Seit der ersten Verfügung über die vorläufige Schließung der Betriebe sind 8 Wochen ins Land gegangen. Es ist noch kein Amboß umgefallen, aber bei der Herausholung von Rohmaterialien ist es schon zu den schärfsten Protesten seitens des Abgeordneten Stahl, sowie den einzelnen Direktoren gekommen. Eine Rentabilität wird von den verschiedensten Sachkennern trotz aller Energie und allen Fleißes sehr in Frage gestellt, es ist auch nicht an eine Amortisation zu denken.

Ein Vertreter des alten, infolge der Wirtschaft seines Amtes entsetzten Arbeiterrats soll behauptet haben, daß für 800 Millionen Mark Aufträge vorhanden gewesen sein sollen. Es ist dem Kollegen Fischer nie eingefallen, eine derartige Behauptung aufzustellen. Dem Berichterstatter muß auch aus der Gewerkschaftskonferenz ein Fehler unterlaufen sein, so daß er 108 mit 800 Millionen verwechselte. Wenn der Einsender von nur 48 Mill. Aufträgen spricht, so kann er damit in unterrichteten Kreisen keinerlei Glauben finden.

Deutscher Holzarbeiterverband, Abt. Berlin, Freitag, den 20. d., abends 7 Uhr, Generalrat im Oererebetriebe (gr. Saal). — Klavier-, Klavier- und Pianomechaniker. Der im Tarif vorgesehene Anstieg an den hies. Arbeitsnachweis ist jetzt vollzogen. Die Vermittlung findet von 8 bis 12, für Maschinenarbeiter von 10 bis 12 vormittags Radebr. 9 III statt.

Tarifverhandlungen im Bankgewerbe, Freitag, nachm. 4 1/2 Uhr, findet im Festsaal des Vertriebshauses eine Vertrauensmännerversammlung statt, in der Herr Bruno Marx über den Stand der Tarifverhandlungen Bericht erhalten wird. Registrierung (Vertrauensmännerausweis bzw. Mitgliedsbuch) ist mitzubringen.

Bund der technischen Angestellten und Beamten, Nachtrag der Kunstgewerbezeichner, Freitag, den 20. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Berliner Rathaus, Oererebetriebe, Mitgliederversammlung. Aus unorganisierte Kunstgewerbezeichner (Trennarchitekten, Bildhauer, Steinmetz, Kupferstecher, Kunstschmiedegeräte, Malerzeichner usw.) sind hiermit eingeladen.

Transportarbeiterverband, Die Oererebetriebe der Arbeiterausstände werden zu dem am Freitag, den 20. Juni, abends 7 Uhr, im Rönigkbad-Kasino, Holzmarktstraße, stattfindenden Sitzung freundlichst eingeladen.

Werbung! Spandauer Staatsbetriebe, am Freitag, den 20. d. 10. 11. 12. 1 Uhr, findet in den Oererebetriebe, Oererebetriebe, eine Versammlung sämtlicher Arbeiter, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Vertrauensleute statt. Doms, Fischer, Meyer.

Seemann, Pirichhorn, Woodorf, Niehm Schöne, Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte obiger Firmen: Am Freitag, 4 Uhr, im Kasino, Brangelstr. 8/9, wichtige Versammlung. Der Arbeiterrat Müller.

Industrie und Handel.

Die Steinkohlenförderung im Ruhrkohlengebiet.

Essen, 18. Juni. Die Steinkohlenförderungen haben nach dem Rückgange, der in den ersten Tagen des Monats Juni zu verzeichnen war, in der bergangenen Woche noch nicht wieder die Zahlen von Ende Mai erreicht. Die Förderung überschritt nur an einem Tage 225 000 Tonnen, im übrigen betrug der Tagesdurchschnitt 215 000 Tonnen. In der Wogengesteuerung waren auch weiterhin Beschläffern zu verzeichnen. Die Wogengesteuerung im Durchschnitt wertschöpfend 15 500 Wagen, die Restmenge 250 Wagen. Die Durchschnittsleistung der Duisburger-Ruhrortler Ripper blieb auf Grund 12 000 Tonnen täglich stehen. Der Tagesdurchschnitt der Kanalzechen betrug 4500 Tonnen, blieb also immer noch um 2500 Tonnen hinter den in den letzten Wochen des Mai erzielten Durchschnittsleistungen zurück.

Verantwortlich für den Inhalt: Walter Müller, Oererebetriebe, für den Oererebetriebe Teil des Blattes: Alfred Scholz, Radebrück; für den Oererebetriebe Teil des Blattes: Friedrich Scholz, Radebrück; für den Oererebetriebe Teil des Blattes: Friedrich Scholz, Radebrück; für den Oererebetriebe Teil des Blattes: Friedrich Scholz, Radebrück.

Leipziger Str. Künigsstraße Moritzplatz Rosenfelder Str.

A. WERTHEIM

G. M. H. B. Versand-Abteilung Berlin W 66 Leipziger Str.

Antiquariat

- Farbendrucke** aus den deutschen Kolonien. 45 farbendrucke geographische Aufnahmen nach der Natur. nur 2.25
- Zuavogel.** Reiseerinnerungen aus den Ost- und Westindien. Von Carl von S. nur 95
- Don der Pflanze zum Ornament.** Von Carl von S. nur 4.50
- Mal.** Kunstgemälde aus der Zeit von Bruno Wille. nur 10
- Geschichte des zweiten Kaiserreichs.** Von Carl von S. nur 5.00
- Goethetalender.** nur 2.50

- Industrielle Kunstgeschichte** von Dr. Georg Brauer, Professor an der Technischen Hochschule in Wien, mit 1500 Abbildungen im Text und 61 mehr- und einfarbigen Bildern auf Kunstdruckpapier. 2 Bände, 1072 Seiten, elegant gebunden. nur 37.50
- Vollständiges Handbuch der humanen Ethik.** Von Dr. Carl von S. nur 9.75
- Theodor Körners familiäre Werte.** Vollständige Originalausgabe. 4 Bände in 2 Bänden gebd., Friedenspapier, Harter Druck, vorzügliches Einbandmaterial. nur 7.50
- Vertebers-Globus** 1. Heft hoch, 60 cm Durchmesser, mit Weltkarte und 1000 Bildern. nur 65.00
- Gotthold Ephraim Lessings Leben und Werke.** Von Carl von S. nur 95

Preiswerte Reiselektüre

Neunzig-Pfennig-Bücher

- Jeder Band in modernem Phantasie-Coverband M. 2.40
- Verthold Kuerbach, Barfüßler
- H. E. Draehvogel, Friedrichmann
- C. L. Duwerf, Die letzten Tage Pompeji
- J. B. Gaudinier, Handel und Wandel
- H. Hauff, Lichterlein
- J. D. Jacobson, Frau Maria Grubbe
- Selma Lagerlöf, Gösta Berling
- C. Marck, Die Frau mit den Karfunkelsteinen
- Das Geheimnis d. alten Namfell
- Goldfisch
- Im Hause des Kommerzienrats
- Reichsgräfin Gisela
- Die zweite Frau
- Das Heideprinzchen
- E. Marck, Im Schillinghof
- Ammonns Naga und Anderes
- G. Burger, Die Nervenleiden
- J. B. Schell, Eiferhard
- S. Gieniewicz, Aus Paris
- Thod. Storz, Imwiewe u. a. Novellen
- Agust Salmeron u. and. Novellen
- Larsen Laralar u. and. Novellen
- Bans und Heinz Kirz u. andere Novellen
- Der Schimmelreiter und andere Novellen
- Es waren zwei Königskinder und andere Novellen
- L. Wallace, Den Bar (2 Bände)

Passendes Geschenk für Jung und Alt Briefmarken von Reichert (Ueberset - Europa - Deutsche Kolonien - Kriegsmarken) Briefmarken-Alben in allen Dreilagern mit Verdrud (Schaued, fest gebunden und permanent). Für Spezial-Sammler Extra-Ausgabe ohne Verdrud

Antiquariat

- Stunden mit Goethe.** Die Stunden seiner Kunst und Wissenschaft. Von Carl von S. nur 4.50
- Births Formenbuch.** Eine Sammlung der Meisterwerke der Kunst und des Kunstgewerbes aller Zeiten und Völker. 10 verschiedene Bände. nur 4.25
- Panorama der Weltgeschichte.** Von Carl von S. nur 19.75
- Dreißig Jahre in Ost-Asien.** Von Carl von S. nur 9.50
- Die Gesundheit im Haus.** Von Carl von S. nur 14.50

- Geschichte der Materie Neapels.** Von Carl von S. nur 25.00
- Eine geführte Dynastie.** Von Carl von S. nur 95
- Frankreichs Charakter.** Von Carl von S. nur 14.25
- Die junge Mutter.** Von Carl von S. nur 8.75
- Geschichte der Griechen und Römer.** Von Carl von S. nur 6.75
- Das Emilie Bolas Roman-Serie.** Von Carl von S. nur 3.85

4 Bände antiquarische Noten

Jeder Band verschiedene Inhalts. 1) 10 ausgewählte Klavierstücke / 2) 10 ausgewählte Lieder / 3) 10 Operetten-Walzer und andere Tänze / 4) 10 Operetten-Lieder mit Text jeder Band 1.90